

Die Volkswacht erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis einschließlich der illustrierten Beilagen „Die neue Welt“ und „Für unsere Frauen“ monatlich 75 Pfg., vierteljährlich 2,25 M., einschließlich Trägerlohn. In den Abholstellen monatlich 60 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 M., einschließlich Postgebühren. Einzelnummern 5 Pfg.

Volkswacht

Anzeigenpreise:
Die 6 gespaltene Zeile 20 Pfg., für auswärts 30 Pfg., die 3 gespaltene Reklamezeile 60 Pfg. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Plagbestimmung werden besonders berechnet. Bei Wiederholungen Rabatt laut Tarif

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Beilagen: Die neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt für unsere Frauen mit illustrierter Modenzeitung

Nr. 65

Danzig, Dienstag den 19. Mai 1914

5. Jahrgang

Die deutschen Einfuhrschemine und der russische Getreidezoll

Von J. Karski.

Russland hat sich entschlossen, einen Zoll auf Getreide einzuführen. Duma und Reichsrat haben dem Regierungsentwurf zugestimmt, die Veröffentlichung des neuen Gesetzes wird länglich erwartet. Der Zollsatz soll 30 Kopeken pro Pud (gleich 16,4 Kilogramm) Roggen oder Weizen betragen. Bei Zöllen wird aber nach „Goldrubeln“ gerechnet, und da verwandelt sich die 30 in 45 Kopeken, gleich 97,2 Pfennig. Es wäre also der Doppelzentner mit rund 5,93 Mark zu verzollen; der Satz ist höher als in Deutschland. Noch vor wenigen Jahren wäre solche Maßnahme ganz absurd gewesen, da Russland kein Getreide einführt. Heute ist sie verständlich: auf Grund des Systems der Einfuhrschemine zahlt nämlich Deutschland eine Ausfuhrprämie auf Getreide, es wird Getreide aus Deutschland geschafft und dort dank dieser Prämie billig verkauft. Das empfinden die russischen Agrarier als Schmutzkonkurrenz.

Daß Russland befügt ist, einen solchen Zoll einzuführen, kann keinem Zweifel unterliegen, denn in dem Handelsvertrage hat es sich nicht gebunden. Auch wenn die deutschen Agrarier von einer „Unfreundlichkeit“ reden, ist das absurd. Die Ausfuhrprämie Deutschlands war ja auch keine besondere „Freundlichkeit“. Indessen entsteht tatsächlich eine ernste Vertragsfrage: Russland will ohne Zustimmung Finnlands diesen Zoll auch für Getreide, das aus andern Ländern nach Finnland kommt, einführen, während das russische Getreide zollfrei bleiben soll. Dabei gilt aber Finnland als autonomes Land in bezug auf die Zölle und hat mit andern Ländern, unter andern mit Deutschland, einen Zollvertrag geschlossen. Es handelt sich also um eine neue Vergewaltigung Finnlands, bei der auch Deutschland betroffen wird. Wir sind gespannt, ob die deutsche Regierung gegen den russischen Gewaltstreich remonstrieren wird, oder ob sie, wie üblich, Rotau vor Väterchen machen wird. Der russische Vorstoß wird jedenfalls auf den deutschen Getreidehandel, besonders auf den Roggenhandel, einwirken. Die Wirkung der Einfuhrschemine auf den inländischen Markt besteht darin, daß die Preise in die Höhe getrieben werden. Solange nämlich der Preis auf den deutschen Märkten nicht um den vollen Zoll unter Berücksichtigung der Fracht höher ist als im Auslande, wird Getreide ausgeführt. Der deutsche Exporteur erhält zwar im Auslande für die Tonne Getreide weniger, als er in Deutschland zahlt, aber er erhält außerdem die Ausfuhrprämie von 50 Mark für die Tonne Roggen, 55 Mark für die Tonne Weizen. — Soweit Russland in Frage kommt, ist dieses Geschäft jetzt vorbei: der deutsche Exporteur bekäme nach wie vor die Ausfuhrprämie, hätte aber den russischen Zoll zu tragen, die Operation hätte keinen Sinn.

Indessen wird Getreide, besonders Roggen, nicht nur nach Russland auf solche Weise verkauft, sondern auch nach andern Ländern. Im Jahre 1912 z. B. wurden aus Deutschland ausgeführt: 114 000 Tonnen Roggen nach Russland, 152 500 Tonnen nach Dänemark, 117 000 Tonnen nach Norwegen, 77 000 Tonnen nach Schweden, 167 000 Tonnen nach den Niederlanden. Hört die Ausfuhr nach Russland auf, so wird auf den neutralen Märkten ein heftiger Wettbewerb zwischen den deutschen und den russischen Exporteuren von Roggen entbrennen, wobei die ersten, weil sie die Ausfuhrprämie einstecken, im Vorteil sind, die Ware verschleiern können. Es wird denn auch bereits in Russland erwogen, den Roggenexport nach diesen Ländern zu begünstigen. Die skandinavischen Länder und die Niederlande sind also der lachende Dritte: sie werden sehr billiges Korn erhalten. Es bilden sich Zustände heraus, wie sie früher in bezug auf Zucker bestanden, dessen Ausfuhr die Produktionsländer prämierten. Der Zucker wurde infolge dessen in England so billig, daß man ihm zum Mästen der Schweine verwendete.

Immerhin ist indessen zu erwarten, daß bei weitem nicht aller Roggen, der bisher aus Deutschland nach Russland ging, auf den neutralen Märkten untergebracht werden kann. Ein Teil dieser Menge wird in Deutschland bleiben und „auf den Markt drücken“, so daß der Preis sinken muß.

Aber eine andere Frage wird damit sehr aktuell: die gleichmäßige Versorgung der deutschen Märkte mit Getreide. In Deutschland wird heute Roggen in Uebermaß erzeugt, die Ausfuhr übertrifft die Einfuhr, dagegen reicht die Produktion an Weizen und Gerste nicht entfernt aus, es müssen annähernd 2 Millionen Tonnen Weizen und 2½ Millionen Tonnen Gerste eingeführt werden. Auch der Bedarf an Hafer wird in normalen Jahren nicht gedeckt. Die starke Roggenproduktion ist aber eine direkte Folge des Systems der Ausfuhrprämien. Wird diese Ausfuhr erschwert, so wird vermutlich der Anbau zurückgehen. Nun liegen aber die Dinge so, daß der stark bevölkerte Westen Deutschlands Mangel an Getreide hat, der Osten dagegen Ueberschuß. Dieser Ueberschuß des Ostens wird

zum Teil ausgeführt: deutscher Roggen geht nach Skandinavien und Russland, aber russischer Roggen geht nach Westdeutschland. Damit verteidigt die Regierung das System der Einfuhrschemine, d. h. der Ausfuhrprämien.

Bernünftigerweise müßte also vor allem dafür gesorgt werden, daß der Osten Deutschlands den Westen mit Getreide, besonders mit Roggen, versorgt. Das nun ist eine Frage der Verkehrswege. Nun gehört Getreide zu den Massengütern, bei denen die Frachtkosten schwer ins Gewicht fallen. Der Transport per Eisenbahn stellt sich so teuer, daß er auf große Entfernungen nicht lohnt. Notwendig ist daher der Ausbau der Wasserstraßen. Auf den bestehenden Wasserstraßen kann man bereits Güter aus dem Osten bis nach Mitteldeutschland führen, denn die Flußsysteme der Weichsel und der Oder sind durch Kanäle mit dem Flußsystem der Elbe verbunden. Es fehlt die Verbindung von der Elbe westwärts. Diese Verbindung war geplant: es sollte der „Mittellandkanal“ gebaut werden, dessen Hauptstück die Weser mit der Elbe verbinden würde. Aber gegen diesen „Laufkanal“, wie ihn Czerny, v. Podbielski zu benennen beliebte, rebellierten bekanntlich die Junker mit Erfolg. Der Bau unterblieb. Die Junker beschränken halt, daß bei diesem Ausbau der Wasserstraßen das fremde Getreide um so leichter in Deutschland eindringen würde. — Jetzt ändert sich aber die Situation dahin, daß die Junker mit ihrem Roggen sitzen bleiben, wenn sie ihn nicht nach Russland und Skandinavien absetzen können. Sie dürften also endlich von ihrer Wasserfurcht geheilt werden, weil die Wasserstraßen notwendig sind, um für ihren Roggen Absatz in Westdeutschland zu schaffen.

Wir Sozialdemokraten sind stets für den Ausbau der Verkehrsmittel eingetreten und können mit Genugtuung feststellen, daß die Entwicklung uns wieder einmal recht gegeben hat. Das gekünstelte, auf Warenwucher basierte System der Einfuhrschemine, geht in die Brüche, der rationelle Gedanke der Hebung der wirtschaftlichen Kräfte durch Förderung des Verkehrs bleibt siegreich. Aber freilich, es ist mit dem Kanalbau nicht getan, sondern es gilt nach wie vor, das System des Brotwuchers zu bekämpfen, die verackerten Einfuhrschemine sowohl, als die Kornzölle.

Der Keiling-Prozess vor dem österreichischen Obersten Gerichtshof

Der k. k. Oberste Gerichts- und Kassationshof in Wien hatte sich am Freitag mit dem Urteil zu beschäftigen, das die Geschworenen des Kreisgerichts Leitmeritz, wie wohl noch allgemein erinnerlich ist, vor etwa zwei Monaten über den Berliner Streikbrecheragenten Paul Keiling gefällt haben. Keiling war damals angeklagt, weil er während des großen Tarifkampfes im österreichischen Buchdruckgewerbe, als er Berliner Streikbrecher nach Deutschböhmen brachte, in Tetschen a. d. Elbe den Tarifvertrauensmann der dortigen organisierten Buchdrucker, Genossen Solinger, Vater mehrerer unmündiger Kinder, ohne jeglichen Anlaß mit seiner Browningspistole, deren Führung dem so häufig und so schwer bestrafte Keiling von der Prager Polizeidirektion gestattet worden war, niedergeschossen hatte. Die Anklage war wegen Mordes erhoben, die deutsch-nationalen Geschworenen sprachen aber den Keiling trotz der klaren und entschiedenen Ausführungen des Staatsanwalts nur wegen Tötung, begangen in Ueberschreitung der Notwehr, schuldig und der Gerichtshof konnte daher Keiling nur zu achtmönatiger Kerkerstrafe verurteilen. Gegen dieses Urteil hatte nun die Staatsanwaltschaft zu Leitmeritz die Nichtigkeitsbeschwerde (Revision) erhoben. Das Gesetz schreibt vor, daß die Schuldfragen an die Geschworenen entsprechend der Anklageschrift zu stellen sind und weiter, daß, wenn in der Verhandlung etwas behauptet wird, was die Strafbarkeit der unter Anklage stehenden Tat ausschließen würde, auch nach dieser Richtung hin eine Frage zu stellen ist. Nun erklärt die Staatsanwaltschaft, Keiling habe nie behauptet, in Notwehr geschossen zu haben, darum sei auch die Frage nach Notwehr an die Geschworenen nicht zu stellen gewesen. Keiling hat in der Tat immer nur behauptet, daß er seiner Revolver gezogen hatte, er sei aber von irgend jemandem von hinten am Arm gezogen worden und dabei sei die Waffe losgegangen und habe Solinger auf den Tod verlegt. Hierin liegt nicht die Behauptung der Notwehr und da diese Behauptung überdies von keinem der Zeugen bestätigt, vielmehr von allen bestritten wurde, hätte der Gerichtshof die Frage wegen Notwehr an die Geschworenen nicht stellen dürfen.

In der jetzigen Verhandlung vor dem Obersten Gerichtshof, die unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Schindler stattfand, erklärte der Generalprokurator (Reichsanwalt) Baron Jagdheim: Es handelt sich um eine Beschwerde gegen ein Schwurgerichtsurteil. Nach der Strafprozessordnung kann der Oberste Gerichtshof keine Meinung darüber abgeben, ob der

Ausspruch der Geschworenen gerechtfertigt ist und ob das Urteil selbst gerecht ist. Eine Nichtigkeitsbeschwerde kann nur auf einen Formfehler in der Verhandlung gestützt werden, aber ein Formfehler ist in der Leitmeritzer Verhandlung nicht unterlaufen. Zur Stellung der Frage nach Notwehr war der Gerichtshof in Leitmeritz wenn auch nicht verpflichtet, so doch berechtigt, denn Keiling hat wiederholt behauptet, er sei bedroht worden und darin liege die Behauptung, in Notwehr gewesen zu sein. Keiling sei nicht verpflichtet gewesen, so sagen, er habe geschossen, denn er hätte sich damit für den Fall, als eine Frage nach Notwehr an die Geschworenen nicht gestellt worden wäre, selbst in die Gefahr gebracht, wegen Mord oder Totschlag verurteilt zu werden. Das Gericht sei also berechtigt gewesen, die beanstandete Frage zu stellen.

Verteidiger Dr. Schönfeld erklärte, wenn auch alle im Saale überzeugten wären, daß das Urteil ungerechtfertigt sei, und daß die Tat Keilings strenger hätte bestraft werden müssen, so fehle doch die gesetzliche Möglichkeit, das Leitmeritzer Schwurgerichtsurteil aufzuheben.

Nach kurzer Beratung des Obersten Gerichtshofs verkündete der Vorsitzende, daß die Nichtigkeitsbeschwerde verworfen werde, weil der Gerichtshof zur Stellung der Notwehrfrage berechtigt gewesen sei.

Es bleibt also dabei, daß das Leben des von dem vielfach vorbestraften Berliner Streikbrecheragenten erschossenen Vertrauensmann nur mit einer Strafe von einigen Monaten gebüßt wird.

Keiling ist in Oesterreich aber doch wenigstens gefaßt worden. In Deutschland konnte den vielfach mit Gefängnis und Zuchthaus vorbestraften Verbrecher die Staatsanwaltschaft nicht finden, als sie ihn suchte, obwohl der Mensch im Hause eines Polizeireviere wohnte und der Polizei Spitzeldienste leistete!

Nach acht Monaten kann der Mörder Keiling sein Gewerbe fortsetzen. Unter irgend einem Namen kann er in Preußen wieder auftreten und erneut in den Dienst der Polizei treten. Auch als Streikbrecherwerber wird er dem Unternehmertum sicher wieder willkommen sein.

Um die Fehmarnlinie

Das Dreiklassenhaus erledigte am Sonnabend einige kleinere Vorlagen, die die Uebertragung der Einziehung der Schiffsabgaben an die Hafengemeinden und die Anträge betreffend den Schutz der Tracht der Krankenschwestern vor Mißbrauch behandelten, und beriet dann einige Stunden über die neu zu bauende Eisenbahnlinie Altona—Neumünster und das besonders von hanseatischer Seite geförderte Projekt einer neuen kürzeren Verbindung mit Dänemark über die Insel Fehmarn. Die Mehrheit des Hauses hat für dieses Projekt nicht viel übrig, obgleich der Minister ihre großen Vorteile nicht bestritt. Für die Anträge des Zentrums und der Nationalliberalen auf Ueberweisung der Fehmarnpetitionen als Material sprach Genosse Hänisch, der für den Fall, daß diese neue Linie wirklich schleswig-holsteinische Interessen schädigen würde, Ersatz durch Kompensationen forderte; er wies auch darauf hin, daß die Verbesserung der Verkehrsverbindungen mit Dänemark auch unsere internationalen Beziehungen zu den nordischen Reichen nützen würden, die durch die von ihm als „unstatlich und gemeinschädlich“ gekennzeichnete Nordmarkenpolitik der preussischen Regierung und der Landtagsmehrheit getrübt werden. Die Mehrheit beschloß aber Uebergang zur Tagesordnung, was allerdings keine allzu große Bedeutung hat, da ja das Projekt noch lange nicht so weit ist und der Minister mitteilte, daß mit Dänemark Verhandlungen gepflogen werden. Am Montag beginnt die dritte Lesung des Etats.

Politische Tagesübersicht Deutschland

— Berlin, 18. Mai. Das Jubiläum ihres 50jährigen Bestehens kann heute die Berlin-Görlitzer Bahn feiern.

— Reichskanzler von Bethmann Hollweg wird, laut Berliner Lokalanzeiger, in dieser Session des Reichstages das Wort nicht mehr nehmen. Herr von Bethmann Hollweg fühlt sich infolge Ablebens seiner Gattin, mit der er eine sehr glückliche Ehe geführt hatte, zu niedergeschlagen, um zurzeit an den parlamentarischen Arbeiten teilnehmen zu können. Der schwere Schlag, der den Reichskanzler betroffen hat, erregt bei denen, die ihn kennen und ihm wegen seiner politischen Haltung stets schroff entgegneten werden, innige Teilnahme.

— Forderungen des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen. Aus Leipzig wird uns depechiert: In der 29. Hauptversammlung des Verbandes deutscher Handlungs-

gebildet wurde am Sonntag die ungefähre Weiterführung der Arbeiterkassen- und für die kaufmännischen Angelegenheiten insbesondere die Schaffung des Sonntagserwerbes auf der Grundlage der völligen Sonntagsruhe verhandelt, mit Ausnahme, die für das Bedürfnisgewerbe anerkannt werden. Die Versammlung sprach die Genehmigung dazu aus, daß der Vorstand und der Ausschussrat die Erweiterung der Stellenvermittlung auf Nichtmitglieder, die Gründung einer Sparkasse und einer Volkversicherung beschließen hat.

Der „Verband deutscher Handlungsgenossen“ fordert die völlige Sonntagsruhe, eine Wohnnahme, die im Reichstag nur von der Sozialdemokratie unterstützt wird. Trotzdem beschließen die Führer des Verbandes deutscher Handlungsgenossen ihre Mitglieder ständig dahin, sich nicht der Sozialdemokratie, sondern ihren Todfeinden, den bürgerlichen Parteien, diesen Förderern der Prinzipale anzuschließen.

Die Handlungsgenossen und Geschäftsmänner sollten sich dem Zentralverbande der Handlungsgenossen anschließen, der auf dem Boden des Klassenkampfes steht und die Interessen der Handlungsgenossen gegenüber den Prinzipalen rücksichtslos wahrnimmt.

Die Gemeinderatswahlen in Elßig-Lothringen fanden am Sonntag statt; alle sechs Jahre wird der Gemeinderat in Elßig-Lothringen erneuert. Ueber das Wahlergebnis liegt folgende amtliche Depesche vor:

„In Göttingen wurden 15 Kandidaten der unabhängigen bzw. vereinigten bürgerlichen Parteien gewählt, darunter wiedergewählt u. a. der Bürgermeister Knepper und der Buchdruckereibesitzer Wiebke. Neun Nachwahlen sind erforderlich. In Mülhausen wurden 17 Sozialdemokraten, bisher 8, gewählt, darunter befindet sich der Abg. C. M. u. e. l., der wiedergewählt ist. Neun Nachwahlen sind noch erforderlich. In dem industriereichen Thann in Oberelsaß wurde ein beträchtlicher Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen festgestellt.“

In Mülhausen hat sich jedenfalls unsere Gemeinderatsfraktion mehr als verdoppelt.

Rußland

Die Arbeiterpresse im Lande des Blutjahren. Der 5. Mai (nach dem russischen Kalender der 22. April) wurde als ein „Tag der Arbeiterpresse“ in Rußland besonders begangen. An diesem Tage ward die zweite Wiederkehr des Tages gefeiert, an welchem die erste Nummer einer gesetzlich-erlaubten Arbeitertageszeitung erschien. (Heimlich gedruckte sozialdemokratische Zeitungen hatte es längst gegeben.) Ueberall, in Fabriken und Werkstätten, fanden Sammlungen für die Arbeiterpresse statt. Mitglieder der sozialdemokratischen Partei zahlten für den Fonds der Arbeiterpresse den vollen Tagesverdienst.

Deutscher Reichstag

230. Sitzung, Sonnabend den 18. Mai, vormittags 10 Uhr. Im Bundesratssitzung: Dr. Delbrück.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Etats für den Reichstag.

Zwei Resolutionen Bassermann (natl.) und Genossen fordern freie Eisenbahnfahrt für die Abgeordneten während der ganzen Legislaturperiode und die Einlegung einer besonderen Kommission für Handel und Gewerbe.

Eine Resolution Behrens (Wirtsch. Tag.) verlangt die Einlegung einer Kommission für Sozialpolitik und Arbeiterfragen. Abg. Ledebour (Soz.): Der Etat des Reichstages gibt uns Gelegenheit, über die ganze Art der Veredlung der Reichstagsgeschäfte zu sprechen. Die Unmöglichkeit, den Etat rechtzeitig zu verabschieden und den übrigen vorliegenden Gesetzesstoff aufzuarbeiten, wächst sich von Jahr zu Jahr mehr zu einer wahren Kalamität aus. Ihre Ueber-

windung ist keine Parteifrage. Alle Parteien des Hauses haben ein Interesse daran, die Arbeitsfähigkeit des Reichstages und die Möglichkeit seiner Geschäfte zu erhalten. Wir haben in dieser Beziehung die gewisse Erwartung, daß die Einbringung der Reichstagsarbeiten und der Reichstagsarbeiten, die die Reichstagsarbeiten in geschäftlicher Hinsicht betreffen, die erste Sitzung am 1. April erfolgt, und die letzte vor der Schlußrate am 1. April erfolgt, hat zur Folge, daß der Reichstag fast nie vor den letzten Dezembertagen einberufen wird, und daß im Verlauf der Einbringung vom 1. April der Reichstag immer früher wird, bis er Ende Mai eine unüberwindliche Kraft erlangt. Dadurch wird die Dispositionsfähigkeit des Reichstages in der Veredlung seiner Geschäfte vollkommen aufgehoben. Erweitert es sich einmal als ganz unmöglich, die Arbeiten in der genannten Zeit zu erledigen, dann muß ein besonderes Diktandum für den Einzelfall den Reichstag zu sammenschicken. Das ist schon vorgekommen und kann jeden Tag wieder vorkommen, und ist schon an sich ein genügender Beweis, daß das Diktandum unrichtig formuliert und nicht genügend elastisch ist. Die Reichstagsarbeit wird durch die wirtschaftliche Entwicklung und

Deutschlands Kleinrenten in wirtschaftliche und soziale politische Fragen

naturngemäß von Jahr zu Jahr umfangreicher. Aber infolge des Diktandums fehlt die Möglichkeit, den zunehmenden Beratungsstoff vernünftig einzustellen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Das Diktandum wirkt auf eine Verzögerung der Arbeitstage und eine Verdrängung der Arbeitsstunden hin. Vor dem Diktandum war eine Plenarsitzung von mehr als fünf Stunden Dauer eine außerordentliche Seltenheit, jetzt wächst die Sitzungsdauer von Session zu Session. Dabei sind fünf Stunden Plenarsitzung vollkommen hinreichend für den, der wirklich an der Reichstagsarbeit teilnimmt, besonders wenn er vorher drei Stunden Kommissionsarbeit gehabt hat. Denn in der Kommission kann man sich unmöglich der Arbeit so entfremden, wie im Plenarsitzungssaal, wo überall Gruppen umherstreifen und sich unterhalten und aufpassen, daß sie die richtige Zeit für das Mittagessen nicht verpassen. (Uebhafte Heiterkeit.) Acht Stunden Sitzungsdauer ist das höchste, was der Reichstag leisten kann. (Sehr wahr!) Die Zeitdauer wird jetzt fortgesetzt ungeheuer überschritten. Namentlich gegen Ende der Session oder des Sessionsabschlusses wird zusammengedrängt und durchgepeitscht, was noch irgend hindurchgehen will. Für die ganze dritte Etatslesung sollen wir diesmal einen Tag haben. (Uebhafte Heiterkeit b. d. Soz.) In einem früheren Jahre haben in der dritten Lesung bei der Generaldebatte die bürgerlichen Parteien in wunderbarer Enthaltensart sämtlich nicht das Wort ergriffen. Dabei soll die dritte Etatslesung das Gesamtergebnis der Etatsberatungen geben und die politischen Konsequenzen daraus ableiten. Die jetzige Verhandlungsmethode ist mit den Zwecken des Reichstages jedenfalls nicht in Einklang zu bringen. Bei der ersten und dritten Etatslesung und bei der zweiten Lesung des Etats des auswärtigen Amtes und des Reichsanzlers soll er in Abständen von je ein paar Monaten Gelegenheit zur Erörterung der wichtigsten politischen Fragen haben. Durch die Zusammendrängung des Reichsanzlersamtes mit der dritten Lesung wird ihm eine dieser drei großen Gelegenheiten geradezu genommen. Ich kann nicht begreifen, daß hervorragende Mitglieder des Hauses darin gelegentlich noch einen Vorteil für den Reichstag erblicken wollten. Dazu kommt, daß die Kommissionsberichte jetzt in Stunden vor das Plenum gebracht werden, daß die Etats hier in der zweiten Lesung erörtert werden, ehe sie in der Kommission erledigt sind. Alle diese Uebelstände werden von Jahr zu Jahr schlimmer und schädigen die ganze Reichstagsarbeit. Die Abgeordneten werden bei der gegenwärtigen Geschäftsführung überbürdet und abgelehrt. (Uebhafte Heiterkeit.) Denn der Abgeordnete muß ja nicht nur hier seine Stunden abgeben, sondern sich doch auch auf die Sitzungen vorbereiten. Es sollte unverbrüchliches Gesetz sein, daß nach 6 Uhr abends im Reichstage nicht mehr verhandelt wird. (Uebhafte Zustimmung.) Aus Rücksicht auf die Abgeordneten, aus Rücksicht auf die Beamten und aus Rücksicht auf die Presse. (Sehr wahr!)

Die Reichstagsbeamten haben jetzt vielfach einen zwölfstündigen Arbeitstag.

Auch die Pressevertreter können nicht einfach davonlaufen, wie wir Abgeordnete, sondern müssen dauernd auf dem Posten sein. Dabei ist ihr Amt an sich aufwendend und schwierig genug. (Sehr wahr!) Ich habe mit Freude gehört, daß die Herren von der Presse bereits den Beschluß gefaßt haben, diese Ueberbürdung künftig von sich abzuwehren. Die Schuld an all diesen Missethänden trägt in erster Linie das Diktandum. Die Einführung von Tagesblättern würde dem Reichstag volle Dispositionsfähigkeit geben. Aber auch eine andere Verteilung des Pauschals mit gleichmäßigen Monatsraten könnte

schon Besserung schaffen. Ich will auf die Einzelheiten nicht eingehen, weil in diesen Dingen der Reichstag ein praktischer Erfolg doch nicht mehr zu erzielen ist. Aber zu Beginn der nächsten Session sollte ein gemeinschaftlicher Antrag aller Parteien die Neuorganisation des Reichstages herbeiführen und die geschiedenen Reichstagsarbeiten abwickeln. (Uebhafte Zustimmung.) Bei dieser Gelegenheit sollten wir auch die Ausdehnung der Freifahrtarten auf die ganze Session durchsetzen. Es ist des Reichstages nicht würdig, daß die Regierung oder Anhänger der Regierung die Möglichkeit haben oder zu haben glauben, den Reichstag durch die Inanspruchnahme der Vertagung, die den Abgeordneten die Freifahrtarten verweigert, zu beeinträchtigen. Der Reichstag in seiner Gesamtheit ist allen heranziehenden Institutionen auf das entschiedenste entgegengetreten. Aber daß überhaupt jemand glaubt, auf die Abgeordneten durch Gewährung von Vorzügen einzuwirken zu können, ist ein unhaltbarer Zustand. Wenn die Regierung sich nicht dem Verdacht aussetzen will, daß sie auf diesem Wege etwas erreichen möchte, was sie auf legitimen Wege nie erreichen könnte, sollte sie dem nahezu einstimmigen Verlangen des Reichstages entsprechen, die Freifahrtarten für die ganze Dauer der Legislatur zu geben. (Uebhafte allgemeine Beifall.) Zugleich mit der Verringerung des Diktandums müßte die Regierung ihre Praxis ändern, uns die Besetzung der Reichstagsstellen erst im letzten Augenblick zuzustellen. Noch vor der Budgetberatung könnten eine ganze Reihe von Gesetzen verabschiedet werden, unter denen jetzt der Sessionsabschluss ein Gemeißel wie beim bethlehemitischen Kindermord neuzustaltet. (Sehr wahr! und Heiterkeit.) Gegenwärtig weiß der Reichstag nicht, was heute und was morgen geschieht, und die Abgeordneten wissen es erst recht nicht. Jede Möglichkeit des Disponierens hat aufgehört. (Sehr wahr!) Wir sollten alle zusammenstellen, um im Interesse des Reichstages, der Abgeordneten, der Beamten, der Presse und unseres ganzen politischen Lebens mit Beginn der nächsten Session eine gründliche Besserung dieser Zustände herbeizuführen. (Uebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Thoma (natl.) tritt für eine Verringerung der Verhältnisse der Reichstagsstenographen ein.

Präsident Knapp: Urgend wichtige Beschwerden von den Stenographen ist mir nicht zugegangen.

Abg. Eist (natl.): Das ist, als Bedebours, eines parlamentarischen Achtstundentags mit dreistündiger Kommissions- und fünfstündiger Plenarsitzung wird bei der Häufung des Arbeitsstoffes nur schwer durchführbar sein. In der unglücklichen Geschäftslage trägt aber auch das große Bedebours die Schuld. (Heiterkeit und Zustimmung.) Wenigstens sollte für ein gutes Essen gesorgt werden. (Zustimmung und stürmische Heiterkeit.) — Der Redner begründet dann die Resolution auf Gewährung von Freifahrtarten während der ganzen Dauer der Legislaturperiode. Es ist von größtem Werte, daß die Abgeordneten möglichst viele Teile des deutschen Vaterlandes aus eigener Anschauung kennen lernen.

Abg. Erdber (Str.): Den Antrag auf Ausdehnung der Freifahrtarten nehmen wir am besten ohne jede Debatte an. (Zustimmung.) Das Diktandum hat seinen Zweck, einen beschlußfähigen Reichstag herzustellen, erreicht. Die Behandlung, die dem Reichstag von der Regierung zuteil wird, ist wahrlich nicht schön. (Uebhafte Zustimmung.) Noch heute wissen wir nicht, ob der Reichstag vertagt oder geschlossen wird. (Sehr wahr!) Der Reichstag sollte auch früher einberufen werden, damit vor dem Etat noch andere Gesetze beraten werden. Es mag dann erzwungen werden, ob dadurch eine Verringerung des Diktandums bedingt wird.

Abg. Dr. Müller-Weinigen: An der schlechten Geschäftslage ist einmal das Verhalten der Regierung schuld und ferner das Diktandum mit seiner verfehlten Monatsstellung. Auf die Dauer kann nicht so fortgewürfelt werden, wie bisher. Es ist geradezu unerhört, daß die Regierung noch bis zuletzt mit großen Vorlagen kommt, und uns dabei im Unklaren läßt, ob geschlossen oder vertagt werden wird. (Uebhafte Zustimmung.)

Abg. Frommer (konf.): In unserer Fraktion sind die Meinungen in bezug auf die Gewährung unbeschränkter Freifahrtarten geteilt.

Abg. Hoch (Soz.): Die Rücklichtlosigkeit der Regierung, zum Schluß der Session noch mit neuen Vorlagen zu kommen und darauf zu spekulieren, daß der Reichstag dann in seiner Arbeitslage manches mit durchschlüpfen läßt, wird nicht eher überwunden werden, als bis der Reichstag die nicht rechtzeitig eingebrachten Vorlagen unerörtert zurückschließt. Mit der ewigen Rücksichtnahme kommen wir nicht weiter. (Sehr wahr! links.) Die Klagen über die zu jungen Reden bringen uns auch nicht vorwärts, die Meinungen darüber, wer zu lange redet, geben ja doch immer auseinander, jeder hält seine Rede für unbedingt notwendig. (Heiterkeit und Zustimmung.) Helfen kann dem Reichstag nur eine Reform des Diktandums und eine größere Rücksichtnahme der Regierung. Den Wünschen für die Steno-

Die Götter dürsten

Roman aus der französischen Revolution von Anatole France

30)

„Luch beim Ueberwachungsamt des Bezirks.“ sagte Beauvisage stolz. „laufen unausgesetzt Anzeigen ein. Die einen machen ihre Enthüllungen aus Gefinnung; andere bestrafen der Hunderttausend. Viele Kinder demunzieren ihre Eltern, um sie zu beerben.“

„Dieser Brief.“ sagte Guénot. „stammt von einer früheren Kochmaure, einer galanten Frau, bei der Viribiri gespielt wurde. Er trägt die Adresse eines Bürgers Kaufmann, ist aber für einen Emigranten in Pitts Diensten bestimmt. Ich habe ihn bei mir, um Ihnen die nötigen Mitteilungen über den Des Mettes zu machen.“

Er zog den Brief aus der Tasche. „Er beginnt.“ sagte er, „mit ausführlichen Angaben über die Konventsmitglieder, die man nach Behauptung dieser Frau mit Geld bestechen könnte, oder auch mit dem Bericht einer hohen Stellung in einer neuen stabileren Regierung, als diese. Dann folgt dieser Passus:

„Ich komme eben von Herrn Des Mettes; er wohnt nahe beim Pont-Neuf in einer Dachstube, in der ihn nur die Kagen und der Teufel finden können. Seinen Lebensunterhalt verdient er sich mit Anfertigen von Hampelmännern. Er ist ein Mann von Verstand, darum teile ich Ihnen das Wesentlichste aus seinem Gespräch mit. Er glaubt nicht, daß der gegenwärtige Zustand noch lange andauern wird. Sein Ende sieht er nicht im Siege der Koalition, und die Ereignisse scheinen ihm recht zu geben. Denn wie Sie wissen, sind die Nachrichten vom Kriegsschauplatz seit einiger Zeit schlecht. Eher glaubt er an einen Aufstand der kleinen Leute und der Frauen aus dem Volke, die noch jetzt an ihrer Religion hängen. Der allgemeine Schrecken, den das Revolutionstribunal verbreitet, wird nach seiner Meinung bald ganz Frankreich gegen die Jakobiner in Aufruhr bringen. „Dieses Tribunal.“ sagte er scherzend, „das die Königin von Frankreich und eine Brotträgerin richtet, gleicht jenem William Shakespeares, den die Engländer so lieben.“ Uff. Er hält es nicht für unmöglich, das Robespierre die Königin-Witwe heiratet und sich zum Protektor des Königreichs machen läßt. — Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die mir geschuldeten Summen, d. h. tausend Pfund Sterling, auf dem gewohnten Wege zusammen schicken. Aber schreiben Sie ja nicht an Herrn Porhardt; er ist eben verhaftet worden und ins Gefängnis gekommen.“

„Herr Des Mettes verfertigt Hampelmänner.“ sagte Beau-

visage: „das ist ein wertvoller Fingerzeig. . . Freilich gibt es viele solche kleinen Gewerbe im Bezirk.“

„Dabei fällt mir ein.“ bemerkte Delourmel, „daß ich meinem Lächelchen Natalie, der jüngsten, eine Puppe versprochen habe. Sie liegt krank am Scharlachfieber; die Flecken sind gestern gekommen. Das ist keine gefährliche Krankheit, verlangt aber viel Pflege. Und Natalie ist für ihre Jahre sehr entwickelt und geistig frühreif, bei zarter Gesundheit.“

„Ich.“ sagte Guénot, „habe nur einen Jungen. Er spielt Reiten mit Faßbändern und macht sich kleine Montgolfieren, indem er in Säcke bläst.“

„Sehr oft.“ bemerkte Beauvisage, „spielen die Kinder am liebsten mit Dingen, die kein Spielzeug sind. Mein Neffe Emil, ein gewedter Junge von sieben Jahren, amüsiert sich den ganzen Tag mit kleinen Holzstücken, aus denen er Bauten aufführt. . . Eine Prise gefällig?“

Damit bot er den beiden Kommissaren seine Schnupftabaksdose an.

„Jetzt müssen wir unsern Halsunken an den Kragen.“ sagte Delourmel, ein Mann mit mächtigem Schnurbart und rollenden Augen. „Ich habe heute morgen Appetit auf Aristokratentrug mit einem Glas Weißwein.“

Beauvisage schlug den Kommissaren vor, mit ihnen in den Laden seines Kollegen Dupont des Älteren auf der Place Dauphine zu gehen. Der wußte sicher Bescheid über den Des Mettes.

Sie schritten durch die frische Morgenluft, von vier Grenadieren der Sektion begleitet.

„Haben Sie.“ fragte Delourmel seine Gefährten, „schon das Jüngste Gezieht der Könige gesehen? Das Stück ist sehenswert. Der Verfasser stellt dar, wie alle Könige Europas auf eine eide Vulkaninsel geflohen sind und von dem Vulkan verschlungen werden. Ein patriotisches Stück.“

Am Ende der Rue du Harlay erblickte Delourmel einen Handwagen, der wie eine Kapelle klinkte. Eine alte Frau schob ihn, die über ihrer Haube einen Hut aus Wachsteinen trug.

„Was verkauft die Alte da?“ fragte er.

Sie antwortete selbst: „Sehen Sie, meine Herren, kaufen Sie. Ich habe Rosenkränze, Kreuze, Bilder vom heiligen Antonius, heilige Schweißtücher, Lächer der heiligen Veronika, Ecce Homos, Agnus Dei, Hörner und Ringe vom heiligen Hubertus und alle frommen Gegenstände.“

„Das Arsenal des Fanatismus!“ rief Delourmel aus und begann ein jammervolles Verhör mit der Straßenhändlerin, die auf alle seine Fragen antwortete:

„Mein Sohn, seit vierzig Jahren verkaufe ich fromme Gegenstände.“

Der Kommissar vom allgemeinen Sicherheitsausschuß sah einen Blaurock vorbeikommen und rief diesem, die verduzte Alte in die Conciergerie abzuführen.

Der Bürger Beauvisage bemerkte dagegen, daß es wohl Sache des Ueberwachungsamtes sei, diese Händlerin zu verhaften und sie nach dem Bezirkshaufe zu bringen; überdies wußte man nicht mehr, wie man sich dem früheren Kull gegenüber benehmen und ob man alles erlauben oder alles verbieten sollte, um es der Regierung recht zu machen.

Als sie in den Tischlerladen kamen, hörten die drei Kommissare wütendes Geschrei, vermischt mit dem Knirschen der Säge und dem Rumpeln des Hobels. Zwischen dem Tischler Dupont dem Älteren und seinem Nachbarn, dem Portier Remacle, war wegen dessen Frau ein Streit ausgebrochen. Ein unüberwindlicher Drang trieb die Bürgerin Remacle immer wieder in die Tischlerwerkstätte, von wo sie stets voller Hobel- und Sägespäne in die Portierloge zurückkehrte. Der entrüstete Portier verlegte Mouton, dem Hunde des Tischlers, einen Fußtritt, obwohl sein eigenes Lächelchen Josephine das Tier gerade förmlich umschlang. Josephine geriet in Wut und überhäufte ihren Vater mit Schimpfworten; und der Tischler schrie mit gereizter Stimme:

„Lumpenkerl! Ich verbiete dir, meinen Hund zu mißhandeln!“

„Und ich.“ entgegnete der Portier, seinen Worten erhebend, „ich verbiete dir. . .“

Während er noch sprach, flog ihm der Hobel des Tischlers am Kopfe vorbei und streifte ihn.

Sobald er den Bürger Beauvisage mit den beiden Kommissaren erblickte, lief er auf ihn zu und sagte:

„Bürger Kommissar, du bist Zeuge, daß dieser Verbrecher mich ermordet hat. . .“

Der Bürger Beauvisage, auf dem Haupte die rote Mütze, das Abzeichen seiner Würde, streckte Frieden gebietend den Arm aus und sagte zu den beiden Feinden:

„Hundert Sous für den, der mir angibt, wo sich ein Verdächtiger befindet, der vom allgemeinen Sicherheitsausschuß gesucht wird. Es ist der frühere Des Mettes, der Hampelmänner fabriziert.“

Da gaben beide, der Tischler wie der Portier, die Dachkammer von Brotteug an und stritten sich nur noch um das Assignat von hundert Sous, das dem Angeber versprochen war.

Delourmel, Guénot und Beauvisage, gefolgt von den vier Grenadieren, dem Portier Remacle, dem Tischler Dupont und einem Dutzend Gassenbuben der Stadtgegend, stiegen gemeinsam die Treppe hinauf, die unter ihren Schritten erbebt, und kletterten die Bodenleiter empor.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Westpreußen

Die Fideikommission in der Provinz Westpreußen

Die Frage der Fideikommission ist viel umstritten. Nach sind sich die Volkswirtschaftler nicht darüber einig, ob es gut ist, große Landflächen dauernd dem freien Verkehr zu entziehen und sie einzelnen Familien unter allen Umständen zu erhalten oder nicht. Zur Beurteilung dieser Frage ist es natürlich notwendig, zunächst festzustellen, welchen Umfang die Fideikommissionen angenommen haben, wie sie angewachsen, wer die Besitzer der Güter sind und dergleichen Fragen mehr, kurz, eine eingehende Statistik der Fideikommissionen. Eine solche gibt Regierungsrat Dr. Höpfer im neuesten Heft der Zeitschrift des R. P. St. L. N., aus der nachstehende, die Provinz Westpreußen besonders interessierende Mitteilungen entnommen sind.

Von den 2 555 795 Hektar, welche die Provinz Westpreußen umfaßt, sind 118 091 Hektar = 4,6 Prozent fideikommissionarisch gebunden. Das ist unter dem Durchschnitt des preussischen Staates, der 7 Prozent beträgt. Die geringste Fideikommissionfläche hat Hannover, wo nur 2,1 Prozent, die bedeutendste Schlesien, wo 17,3 Prozent Fideikommissionbesitz vorhanden ist. Während im Regierungsbezirk Danzig nur 14 928 Hektar Fideikommissionbesitz vorhanden sind = 1,9 Prozent, weist der Regierungsbezirk Marienwerder 103 162 Hektar = 5,9 Prozent auf. In Danzig sind die Kreise Marienburg, Danziger Niederung, Verent, Karthaus und die Stadtkreise Elbing und Danzig fideikommissionfrei, in Marienwerder nur die Stadtkreise Graudenz und Thorn. Im ganzen waren Ende 1912 in der Provinz Westpreußen 35 Fideikommissionbesitzungen vorhanden. Im Jahre 1850 gab es nur acht Fideikommissionen mit einer Gesamtfläche von 49 468 Hektar. Die Zahl der Fideikommissionen hat sich seit der Zeit also mehr denn verdreifacht, die der Fläche fast zweieinhalbfach vermehrt.

Ganz bedeutend ist bei den Fideikommissionen die mit Wald bedeckte Fläche. Im Regierungsbezirk Danzig sind von den 14 928 Fideikommissionhektar 6586 Hektar Wald = 44,1 Prozent und in Marienwerder von den 103 162 Hektar 43 753 Hektar = 42,4 Prozent. Das ist etwas unter dem Durchschnitt. Im preussischen Staate beträgt der Anteil der Waldungen am Fideikommissionbesitz 46,6 Prozent. Den geringsten Waldbestand weist Schleswig-Holstein mit 19,5 Prozent, den bedeutendsten Hessen-Nassau mit 65,8 Prozent auf.

Im ganzen preussischen Staate wurden 1160 Fideikommissionen gezählt. Davon sind 25 Mitglieder regierender Häuser, die jeder im Durchschnitt einen Besitz von 9118 Hektar haben, 37 deutsche Standesherrn mit einem Durchschnittsbesitz von je 7878 Hektar, 29 Angehörige sonstiger fürstlicher Häuser mit einem Durchschnittsbesitz von je 9549 Hektar, 269 Grafen mit einem Durchschnittsbesitz von je 3089 Hektar, 664 sonstige Adlige mit einem Durchschnittsbesitz von je 1155 Hektar und 136 Bürgerliche mit einem Durchschnittsbesitz von je 392 Hektar.

Die 2 555 795 Hektar betragende Fläche der Provinz Westpreußen verteilt sich wie folgt: Wegen Benützung zu öffentlichen

Zwecken ertraglose Liegenschaften 84 687 Hektar = 3,4 Prozent, Hofräume und Hausgärten 24 264 Hektar = 1 Prozent, Kron- und Familienfideikommissionen 119 020 Hektar = 3,9 Prozent, Domänen, Forsten und andere Besitzungen des Staates und des Reiches 482 289 Hektar = 19,2 Prozent, städtischer und ländlicher Kommunalbesitz 24 539 Hektar = 1,2 Prozent, Eigentum der Kirchen, Pfarren, Schulen und milden Stiftungen 44 906 Hektar = 1,8 Prozent und Privatbesitz 1 766 090 Hektar = 69,4 Prozent.

Wie es bei statistischen Arbeiten üblich ist, vermeidet es der Verfasser, Folgerungen aus seinen Zahlen zu ziehen, wenn auch hier und da eine Verteidigung des Fideikommissionbesitzes durchleuchtet. In seinem Schlußwort überläßt er es aber doch den Volkswirtschaftlern, zu untersuchen, ob die Fideikommissionbildung der gesamten Bevölkerung Vorteile oder Nachteile bringt.

Elbing-Marienburger

An der Arbeiterfrage abtrünnig wurde in Elbing der Arbeiter Gustav Graap. Seit 14 Tagen stehen die Arbeiter der Getreidefirma E. Platonow im Streik. Der erwähnte frühere Kollege konnte es sich nun nicht verkneifen, der Firma Hausreisendienst zu leisten, obwohl er einige Wochen vorher von derselben Firma buchstäblich weggejagt war. Es ist bedauerlich, daß selbst unter den organisierten Arbeitern immer noch Leute vorhanden sind, welche ihren eigenen Kollegen im Kampf für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Rücken fallen. Daß die Firma sehr wohl in der Lage ist, den von den Arbeitern geforderten Lohn zu zahlen, beweist die Tatsache, daß sie dem Fuhrhacker Artur Neumann, der jetzt den Posten als Kutsher verleiht, pro Tag 7 Mark oder für die Woche 42 Mark Lohn bezahlt. Die Streikenden verlangten nur einen Wochenlohn von 28 Mark. Jedenfalls werden die Elbinger Transportarbeiter ihre Lehren daraus ziehen und sich für die spätere Zeit einzurichten wissen.

Die Pflasterung der Ziegelgasse in Marienburg, die in diesem Jahr erfolgen sollte, ist für das nächste Jahr zurückgestellt.

Die Marienburger Gasanstalt soll mit einem Kostenaufwand von 300 000 Mark erweitert werden. Als erste Rate bewilligte die Stadtverordnetenversammlung 100 000 Mark.

Danzig-Land

Herr Lind und Herr Meschke fühlen sich „beleidigt“. Der Artikel unserer Zeitung, in dem wir den in Odra verübten Mandatsraub erörterten, hat sie so tief verletzt, daß sie gegen unsern verantwortlichen Redakteur, den Genossen Leu, Strafantrag stellten. Meschke glaubte noch ein übriges tun zu müssen. Er reichte der Staatsanwaltschaft das sozialdemokratische Flugblatt ein, in dem zur Waise aufgefördert wurde. In diesem war von „Se. Majestät, dem Streikbrecher“ die Rede. Meschke ersucht die Staatsanwaltschaft, zu prüfen, ob dadurch nicht eine — — M a j e s t ä t s b e l e i d i g u n g begangen sei. In dem Kopf des Polizeibeamten Meschke müssen

sich die Ereignisse doch in sehr sonderbarer Weise widerspiegeln. Auf der Staatsanwaltschaft dürfte man für die Meschke'sche Forderung kaum mehr als ein Kopfschütteln übrig haben. Zu dem Strafantrag gegen Leu sind die Herren Lind und Meschke gewiß nur schweren Herzens gekommen. Genau wie im Prozesse gegen Schröder ist auch in dem neuerlichen Strafantrag ein einziger Satz als „beleidigend“ herausgegriffen. Aber trotzdem könnte kein Gericht um die Beweisaufnahme herumkommen. Und Herr Meschke ist da wirklich ein zu schwarzer Witz, als daß ihn irgend eine Macht der Welt reinnutzen könnte. Zuerst muß sein Sündenkonto beglichen werden. Hat die Justiz das erledigt, dann bleibt für die Meschke-„Beleidiger“ Schröder und Leu nicht mehr viel übrig.

Stuhm-Marienwerder

Schwere Bluttat. In Grünhagen im Kreise Stuhm gerieten am Sonntag nachmittag beim Kartenspiel zwei russische Arbeiter in Streit. Dabei hieb der Arbeiter Bingerz Michalski, ein junger Mensch von zwanzig Jahren, seinem Gegner Kaczalowski mit einer Art über den Kopf. Der Betroffene starb auf der Stelle. Michalski flüchtete, wurde aber von zwei Gutsbesitzern verfolgt und in Braunsvalde festgenommen.

Graudenz-Strasburg

Von einem Urteil, das sich sehen lassen kann. Die Graudenz Strafkammer verurteilte einen früheren Domänenpächter und jetzigen Rentier — den Namen verschweigt die bürgerliche Presse zartfühlend — zu 1200 Mark Strafe. Der gute Mann hatte seinen Arbeitern die Beiträge zur Invalidentversicherung regelmäßig abgezogen, aber sie auch ebenso regelmäßig in seine Tasche gesteckt. In anderen Fällen hatte er bereits entwertete Beitragsmarken nochmals verwendet. Zweimal war er von der Versicherungsanstalt Westpreußen in eine Ordnungstrafe genommen worden, ohne daß diese gehalten hätte. Natürlich wollte der Domänenpächter nicht schuldig sein. Es lägen Verbrechen seiner geisteskranken Tochter vor. Die Ausreden waren aber vergeblich. Entweder bezahlt der Herr die 1200 Mark oder er wandert auf 120 Tage ins Gefängnis.

Ein Sektensüß zum Leinoprozess wird sich demnächst in Graudenz abspielen. Der praktische Arzt Dr. Kalenscher war angeklagt, durch fahrlässige Körperverletzung den Tod einer Frau herbeigeführt zu haben. Nach langer Verhandlung erklärte sich die Strafkammer für unzuständig. Es liege Verdacht des Vergehens gegen den Paragraph 219 des Strafgesetzbuchs (Verbrechen gegen das leibliche Leben) vor. Die Angelegenheit kommt vor das Schwurgericht.

Verhaftung. In Graudenz erfolgte die Festnahme des Bäckergehilfen Max Scheffler, der angeblich für Rußland Spionageversuche unternommen haben soll.

Thorn-Rulm-Briefen

In der letzten Stadtverordnetenversammlung in Thorn wurde die Magistratsvorlage betreffend die Verpachtung der Gasan-

Polnischer Frühling

Eine Jugenderinnerung von Max Kreyer.

Das Wort stammt von meinem Vater, der es gar grünnig aussprach, wenn der Märzschnee fufhoch die Felder bedeckte und frisches Eis unter unseren Füßen knakte. Und solcher polnischer Frühlinge erinnere ich mich gar viele, die unsere einsam an der Eichwaldstraße belegene Besitzung über Nacht in den Bann des Nachwinters schlugen und alles, was da schon keimte und sproßte, erstarren machte. Einer steht mir noch klar und durchdringend vor Augen. Es war Anfang der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Um vier Uhr nachmittags kamen wir vier Brüder gemeinsam aus der Posener Realschule, und kaum hatten wir das Eichwaldtor hinter uns, gingen, von der Zubrücke kommend, die tiefer gelegene Pappelallee hinunter, als das bekannte dumpfe Brausen, das sich wie ein Grollen dunkler Mächte anhörte, an unser Ohr drang.

„Das Wasser kommt!“

Die Warthe, den schwarzen Rauch mächtig angeschwollen von dem aufgenommenen Gebirgswasser, übergab sich wie ein Riesenungeheuer und ließ seinem verderbenbringenden Rachen die flutende Gischt entströmen, die, weißschäumend und gierig lechzend, die schon frühlinggrünen Wiesen überschwemmte. Tausende weiße Jungen schlängelten sich von weitem heran, umzingelten Busch und Baum, vereinten sich und schwoilen an zu einem grauen Leib, der in einer Minute tausend neue Jungen gebar, die fortzuehend das gleiche Werk verrichteten. Der ungeheure Wasserrachen verschlang Strauch und Busch, und die glatten Eisschollen, die er gleich losen, gigantischen Zähnen entstieß, durchschnitten, aufblinkend, die jungen Pappeln und Birken und stießen sich, krachend, an den alten Weiden.

Dieser tosende, aus der Ferne herüberlärmende Aufruhr der Natur trieb unsere jungen Beine zur Eile. Von weitem schon hörten wir die Stimme unseres Vaters, den lauten Zuruf des Knechtes, der uns entgegenlief, um mich jüngsten auf den Arm zu nehmen. Noch ging es aber so, denn die Landstraße war noch trocken. Als wir vor unserm „Eldorado“ anlangten (das alte Mansardenhaus meines Vaters trug diese Aufschrift), bildete die tiefer gelegene Wiese jenseits (genannt die „Fleischerwiese“) bereits einen einzigen großen See, aus dem das Strauchwerk die noch kahlen Zweige wie dürre Finger in die Luft streckte. Hochaufschäumend brach sich die gelbe Flut an dem Schaufseewall. Ein grandioses Bild, von der hohen Holzperanda unseres Hauses aus betrachtet. Dreimal hatten wir schon dasselbe erlebt, aber immer blieb der Reiz ein neuer. Wir Kinder dachten nicht an die Gefahr, sondern nur an das Rudern am anderen Tage, auf rasch gezimmerten Triften, auf Bohlen und im alten Kahn, der in der Scheune feierte. Waren wir doch vor zwei Jahren in einem großen Bajschak im Parterre her-

umgeschwommen, als das Wasser einen Fuß hoch über den Dielen stand.

Der Keller wurde in fieberhafter Hast geräumt. Alles was er barg; große Berge Kartoffeln, Wein, Bier, Steinschüsseln mit dicker Milch usw. führten zwei Dutzend geschäftiger Hände ans Licht des Tages. Der Tag neigte sich zur Rüste, fahle Dämmerung lag zwischen den Bäumen. Das letzte graue Licht des Himmels spiegelte sich in der braunen Flut, die höher und höher schwoll. Schon riefelte an einzelnen Stellen das Wasser über die Eichwaldstraße, die Erdmullen füllend. Da, hoch, — lautes Weinen. Dann der Hilferuf eines Mädchens. Sofort sind wir alle auf der Straße. Der Fußweg ist bereits überschwemmt, aber zwischen den riesigen alten Pappeln, um deren Stämme der Rasen höher liegt, ist es noch trocken. Und diese Inseln benutzend, tappt, die Schulmappe umgeschultert, die kleine Taubert daher, die zwölfjährige Tochter des Wirtschaftspächters weit draußen im Eichwald. Sie hätte auf alle Fälle bei uns Hilfe gesucht, und so sinkt sie jetzt weinend meiner Mutter in die Arme, die ihr die Wangen streichelt, um sie zu beruhigen. Wir Jungen sind so gerührt davon, daß wir alle mitheulen.

Da, der erste große Dammbrech. Wir Kinder stimmen ein Hallo an. Mächtig ergießt sich das Wasser in unseren Gärten. Es rauscht zwischen dem Lattenzaun herein, gierig und lechzend, wühlend und die Erde verzehrend. Es schäumt weiß vor Wut, wenn es nicht sofort weiter kann. Eine große Eisscholle kommt drüben herangeschwemmt, in ohnmächtiger Wut bäumt sie sich auf gegen eine uralte Pappel, an der sie zerschellt. Ihre Splinter werden von der Flut mit fortgerissen und lösen gegen unseren Gartenzaun.

Die Nacht brach heran. Eine Nacht in Wassersnot. Bei dem Zittern der Menschen nicht miterlebt hat, weiß nicht, was das bedeutete. Niemand von uns ging schlafen. Alle Lichter brannten. Die Augen waren müde, die Ohren aber doppelt geschärft. Alle Augenblicke traten wir auf die Beranda hinaus in das Dunkel, um das wachsende Ungeheuer zu belauschen. Ein unaufhörliches, unheimliches Rauschen, das manchmal von weit herzukommen schien, dann wieder seinen entsetzlichen Sang ganz in der Nähe anstimmte, blindwütig und rücksichtslos, oft in gurgelnder Melodie. Zeitweilig hörte es sich an, als ob die Erde röchelte vor Schmerz. Man vernahm nur den Lärm, ohne etwas zu sehen. Die Eisschollen krachten hohl und dumpf, manchmal mit einem eigentümlichen Klingeln, wenn Eis gegen Eis prallte. Bäume und Sträucher brachen um; dann klopfte wieder etwas gegen die Pfähle, als würden Sturmböe in Bewegung gesetzt. Das war das Holz, das der Strom von dem großen Zimmerplatz am Ufer der Warthe mitgeschleppt hatte, und das nun Einlaß in unseren Garten beehrte.

Der graue Morgen brach an. Im Zwielicht wuchs allmählich unserem Blicke die ungeheure Wasserebene, die ihre

Grenzen gefunden hatte. Der tiefe Festungsgraben hinter unserem Hause war verschwunden. Ein gewaltiger, hoher See bot sich dem Auge dar, und sein Gestade war nun der mächtige Wall drüben, den er umspülte. Der kalte Morgenwind fuhr über das bleifarbene Wasser und peitschte die Wogen, aus denen die Spitzen der Eisschollen wie weiße Wägen auftauchten. Schwer und düster hingen die Wolken am Himmel, gleich Sorgen auf der Stirn der Natur. Große Mengen entwurzelten Schilfes wiegten sich in der Flut. Ungehobene Bretter tummelten sich umher, und schwarze Holzstücke in der Ferne nahmen sich aus wie die auftauchenden Köpfe schwimmender Menschen. Die Wasserhühner, aufgeschreckt aus dem Sumpfe, hatten alle Scheu verloren und schwammen dicht an unserem Hause. Ein Schwarm Krähen saß auf dem Dache des Stallgebäudes. Laut quarrend flogen sie dann zu den Pappeln und wieder zurück zu den Häusern. Eine Kette wilder Enten strich über das Wasser und verlor sich dann hinter dem Festungswall.

In unserem Garten sah es wüste aus. Der umgeworfene Zaun wippte im Wasser auf und ab und zog das aufgefängene Wiesengras wie grüne Härte aus der Flut. Die Lauben waren umgekippt und eine von ihnen schwamm weit draußen auf der Wiese. Eine entwurzelte Pappel hatte sich quer über die Straße gelegt und sträubte sich mit ihrer kahlen Krone gegen den völligen Untergang.

Zwei Tage stand das Wasser, als plötzlich starker Frost eintrug und eine spiegelglatte Eisscholle schuf, die von Nacht zu Nacht fester wurde. Nun konnten wir Jungen uns in der Stube die Schlittschuhe anschnallen, zur Lüre hinausgehen und über die herrliche, unabsehbare Fläche gleiten. Das Eis war so durchsichtig, daß man den Grund der Wiesen sehen konnte. Und dann kam der Märzschnee, der alles in ein ungeheures Weiß tauchte, Rauchreif an die Bäume setzte und ein märchenhaft schönes Winterbild schuf.

Und dann sank allmählich das Wasser und es sank auch das Eis. Man hörte es weithin knachen, wenn es barst, und manchmal hörte sich das an, als gingen ganze Salven unter der Eisedecke dahin, die im Wasser erlöschten. So donnerte es. Die Flucht des Wassers geschah zu schnell; nur postern konnte das Eis ihm folgen. Dann war das Wasser ganz fort, nur das Eis lag noch auf der Wiese. Es war brüchig geworden und zeigte große Risse, die allmählich zu klaffenden Spalten wurden. Die Kraft der Sonne erweckte in diesen Spalten das schlummernde Grün zu jungem Leben und ließ an Baum und Strauch die ersten Knospen sprießen. Scheu wagten sich die ersten Kümmelein zartfarbig aus dem Boden. Das war ein wunderbarer Anblick: oben der blaue Himmel, und unten das morich gemordene in der Sonne glühende Eis, dessen kalten Panzer die blumige Erde mit ihrer jungfräulichen Kraft zerprengte.

Und das nannte mein Vater „polnischer Frühling“.

stelt an das Elektrizitätswert gegen drei Stimmern angenommen. Dem Nachtrag vom 26. Februar bis 7. März zum Ortsstatut über die Kanalisationsbetriebe der Bezirksauschuss des Meisters zur Kanalisationsgebäude hat der Bezirksauschuss die Genehmigung vorläufig verweigert. Sie wünscht einige Änderungen. Den rein formalen Änderungen stimmt die Versammlung zu. Auch wird dem Bau einer Wurstküche, dessen Kosten sich auf 50 000 Mark belaufen sollen, zugestimmt. Als Hauptgebäude soll von der Firma Kunz und Kistler ein am Schlachtbause gelegenes Grundstück von 3255 Quadratmetern zum Preise von 4 Mark der Quadratmeter gekauft werden. Dann wurde noch einer vom Kultusminister geforderten Erklärung betreffend den Neubau eines Gymnasiums, wozu vom Staat eine 6000 Quadratmeter große Kaufsache verlangt wird, zugestimmt.

Uthler übt Solidarität! Die Uthler in Thorn sind am Montag den 18. Mai in einen Abwechselfreit getreten. Sie bitten, den Zugang nach Thorn fernzubehalten.

Von der Thorer Strafkammer wurden wieder 56 unglückliche Kantonsisten zu je 100 Mark Geldstrafe oder 22 Tagen Gefängnis verurteilt. Alle dürften wohl, um den Freunden des Militärstandes aus dem Wege zu gehen, ins Ausland gewandert sein.

Auf der Herrmansdorfer Landstraße fuhr der Fleischer Winter mit seinem Fuhrwerk gegen einen Prellstein, wobei er so unglücklich aus dem Wagen stürzte, daß er sich mehrere Rippenbrüche und schwere innere Verletzungen zuzog.

Gestorben. Der vor einigen Tagen bei einem Zusammenstoß einer Vore mit einem Fuhrwerk verunglückte Arbeiter Hepta in Kulfsee ist seinen schweren Verletzungen erlegen.

In Podgorz wurde der Sohn des Wauers Selnau von einem Fuhrwerk überfahren und an den Füßen schwer verletzt. Ein Soldat trug erst später den Verletzten in die Wohnung seiner Eltern.

Schlochau-Platow

Die Sozialdemokratie als Arbeitsgeberin.

Unter dieser Ueberschrift produzierte die Plutower Zeitung kürzlich folgende Räubergeschichte:

Es bieten sich immer mehr Beweise: sobald die Sozialdemokratie irgendwo und irgendwie in die Lage kommt, Arbeitgeber spielen zu können, verfährt sie mit einem Male alle ihre früheren Redensarten von Arbeiterfürsorge, Gleichberechtigung der Angestellten, Gemeinbereitschaft, brüderlichem Einigekommen u. dergl. Im Gegenteil, sie benimmt sich dann ihren Angestellten gegenüber oft in einer Weise, wie sie rückwärtsgerichtet nicht gedacht werden kann. Ein bezeichnendes Schicksal auf diesen Unternehmerstandpunkt der Sozialdemokratie nicht ein von der Textilarbeiterzeitung, dem Organ des christlichen Textilarbeiterverbandes, veröffentlichtes Schreiben der Leitung des sozialdemokratischen Konsumvereins in Dortmund. Der Brief ist gerichtet an ein Fräulein Emilie P. . . . (scheinbar Füllhalterin) in Dortmund und lautet: „Der von Fräulein E. S. dortselbst nachgelassene Urlaub, 1. Tag, am 8. Dezember 1913, wird hiermit bewilligt. Sie wollen Fräulein E. gest. Mitteilung hieron machen. Den Lohn für diese Zeit im Betrage von 0,67 Mark wollen Sie zeitlich der Monatsrechnung ebenfalls beifügen. Mit dem Gruß! Konsum- und Sparsverein Dortmund-Hamm. C. G. m. b. H.“ Urlaubsgewährung unter Lohnabzug bei einer Lohnhöhe von halbjährlich 67 Pfennig: Wie würde die gelatte rote Preisse wiederhalten von dem Geschrei über Profitgier, Hungerlöhnen, Ausbeutung und anderem, wenn ein bürgerlicher Unternehmer derartige Schächer zahlen wolle! Die Arbeiterklasse sollte doch endlich die nötigen Lehren ziehen und den Heppschrei, bei denen Theorie und Praxis so himmelweit auseinandergehen, die Läre weissen.

Herr Hoffmann weiß, daß die Sozialdemokratie auf die Verwaltung der Konsumvereine keinen Einfluß hat. Die Konsumvereine sind selbständige Einrichtungen, die ihre Angelegenheiten selber regeln. Selbst wenn die Vorgänge in Dortmund richtig wiedergegeben wären, würde die Sozialdemokratie ebenso wenig dafür verantwortlich zu machen sein, als die F ü r g e r e i n e für die Tatsache, daß so viele Kaufleute Lehrlinge mit monatlich 10 Mark Entschädigung einstellen. Aber die ganze Aufregung über die schlechten Arbeitsverhältnisse in dem Konsumverein Dortmund ist unnütz. Wir rathen auf Wunsch der Plutower Genossen Veranlassung, den Dingen auf den Grund zu gehen. Dabei ergab sich folgendes: Der Brief wurde e n t w e d e r um an ihn Folgerungen über die Arbeitsverhältnisse in den gesamten Konsumvereinen zu knüpfen, die allen Gegnern der Konsumgenossenschaftsbewegung

hoherwünscht waren. Es handelt sich nicht um eine Verkaufertein, sondern um ein V e r m ä d e n. Dieses war von Mitte Oktober bis Mitte Dezember 1913 im Konsumverein Dortmund-Hamm gegen einen Wochenlohn von 8 Mark beschäftigt. Schon allein diese Feststellung genügt, um das Gezebe über schlechte Arbeitsbedingungen in dem genannten Konsumverein als grundlos abzuweisen. Jetzt hat der Konsumverein Dortmund auf den Unterschied in der Entlohnung von Verkäuferinnen und Lehrlinginnen hingewiesen, der zwischen zwei Konsumvereinen besteht, die im gleichen Wirtschaftsgebiete liegen. Es handelt sich um den Konsum- und Sparsverein Dortmund-Hamm und den christlichen Konsumverein W o h l f a h r t, Essen. Um diese Angelegenheit kurz zu erledigen, sei festgestellt, daß die Löhne von Lehrlinginnen in den drei Jahren ihrer Lehrzeit im Konsumverein Dortmund-Hamm um 15,55 Prozent bis 75,55 Prozent höher sind, je nach Dauer der Beschäftigung, als in dem genannten christlichen Konsumverein. Anfangs- und Endgehalt der Lehrlinginnen und Verkäuferinnen sind, gleiche Beschäftigungsdauer vorausgesetzt, im Konsumverein Dortmund wesentlich höher als in dem zum Vergleich herangezogenen christlichen Konsumverein.

Die häßliche Notiz über die Arbeitsverhältnisse im Konsumverein Dortmund wollte vor allen Dingen darauf hinaus, daß es eine Unbilligkeit sei, Verkäuferinnen Lohnabzüge zu machen, wenn sie die Arbeit veräußerten. Dazu sei bemerkt, daß alle Angestellten im Konsumverein Dortmund F e r i e n u n t e r F o r t b e z a h l u n g i h r e s L o h n e s erhalten, sofern sie am 1. April des jeweiligen Jahres in Arbeit traten. Außerdem erhielt das Personal des öfteren Urlaub zu irgendwelchen persönlichen Zwecken unter Fortbezahlung des Lohnes. Dieses Entgegenkommen der Genossenschaft ist aber bedauerlicherweise von einem Teile des Verkaufspersonals mißbraucht worden. Die Maßregel, mit der die Verwaltung der Genossenschaft dem Mißbrauch entgegenwirken mußte, war der Abzug des Lohnes für die Zeit eines Urlaubs, der aus einem Grunde genommen wurde, der nicht in der Person lag. Alle Fälle, die durch den zwischen dem Personal und der Genossenschaft abgeschlossenen Tarifvertrag erfaßt werden, berührt die Maßnahme nicht.

Es handelt sich also um ein durchaus angebrachtes korrektes Verhalten der Verwaltung der Genossenschaft Dortmund. Alle Folgerungen anderer Art, meist zu dem Zwecke gezogen, der Konsumgenossenschaft Dortmund etwas Unlauteres anzuhängen, sind Motiven entsprungen, von denen sich besonders die Händler in der Bekämpfung der Konsumvereine leiten lassen. Herr Hoffmann wird natürlich diese Feststellungen seinen Lesern unter schlagen. Und da der Konsumverein Dortmund von der Existenz seines „Weltblattes“ keine Kenntnis hat, wird dem Hühnerling des Plutower Bürgervereins auch keine preßgesetzliche Berichtigung und kein Strafantrag ins Haus flattern. Seine Unbedeutendheit schützt ihn.

Gewerkschaftliches

— **Das Elend der Steiger.** Der Deutsche Steigerverband, der infolge der terroristischen Gewalttate der Unternehmer und der Polizeiverfolgungen in schwere Not geraten ist, hat sich kürzlich mit einem Aufruf an etwa 2000 Grubenbeamten gewandt, um die Weiterexistenz des Verbandes zu ermöglichen. Es sollten Fragebogen ausgefüllt werden, und neben der Anforderung, dem Verbands beizutreten, wurde um Einzahlung von Geld zur Schaffung eines Kampffonds gebeten. Die jüngste Nummer des Technischen Grubenbeamten veröffentlicht nunmehr das Ergebnis dieser Umfrage, das ein Dokument von der Not der Grubenbeamten bildet.

Die Steiger haben weniger unter direkter materieller Sorge zu leiden; sie klagen vor allem über die schonungslose Unterdrückung der Persönlichkeit, die systematische Antreiberei und das bedrückende Strafsystem, das überall im Bergbau eingedrungen ist. Jeder, der sich zur Bergschule meldet, wird auf Herz und Nieren geprüft, ob er gewerkschaftlich organisiert ist, ob er Verwandte hat, die etwa in einer Gewerkschaft oder in einer den Grubenbesitzern nicht zusagenden politischen Partei eine Rolle spielen. Wer aus solchen Kreisen kommt, wird nicht aufgenommen. Kein Wunder, daß die Leute dann meist aus jenen Schichten stammen, die den modernen Strömungen der Arbeiterbewegung fernstehen; „gelbe Gedankengänge“ erscheinen ihnen als richtig, und sie bringen von vornherein eine gewisse

Neigung mit, sich alles gefallen zu lassen: „Schon nach wenigen Tagen oder Wochen muß sich der junge Anfänger im Beisein anderer Beamten herunterputzen lassen. Es werden ihm Namen gegeben, die aus irgend einem der gemeinsten Schimpfwörtertextens entlehnt sind. Das Rückgrat bekommt der Mensch nur einmal gebrochen.“ Wie dadurch das Gefühl für Beschäftigungen allmählich abstumpft, zeigen einige Antworten in dem Fragebogen. Ein Beamter von Zeche Holland schreibt: „Behandlung sehr unanständig. Betriebsführer und Fahrsteiger schimpfen. Jedoch wir Steiger sind daeaeen abgedrückt.“ Von Zeche Neumühl schreibt ein anderer: „Behandlung schlecht. Worte wie U . . . löcher und so ähnlich werden im Beisein der Leute vom Betriebsführer Kleinredet gebraucht. Wenn ich Schläge bekommen, würde ich meinen, es muß wohl so sein. Der Mensch ist ein Gewohnheitstier.“

Neben der schlechten Behandlung beklagen sich die Beamten in den Fragebogen über die ewigen Bestrafungen, die Prämienentziehungen und den Straßendienst, bei dem ihnen häufig lange Monate hindurch der Sonntag verloren geht. Zu dem kürzlich bekannt gewordenen Fall, wo man 30 Steiger am Ostermontag zum Rollenbinden auf Zeche Bruchstraße bestellte, reichten sich eine ganze Anzahl anderer.

Z w ö l f b i s s e h z e h n S t u n d e n D i e n s t z e i t sind für die Steiger nichts seltenes. Dabei ist die Tätigkeit in der Grube schwer und ungesund. „Nach gar nicht all zu langer Zeit hat sich fast jeder ein Leiden geholt, aber alle sind noch nebenbei nervös und tragen mehr oder minder an den Folgen eines Unfalls.“ Doch am schlimmsten empfinden sie die ewige Antreiberei, die die Steiger in einen von der Grubenverwaltung gewollten Gegensatz zu den Arbeitern hineindrängt. Dabei ist der Steiger noch für die Sicherheit des Betriebes verantwortlich.

Der Vorstand spannt seine Erwartungen in bezug auf den Erfolg seiner neuen Aktion nicht allzu hoch. Die 2000 Grubenbeamten, die das Anschreiben erhielten, brachten im ganzen 15 Mark für den neu zu errichtenden Kampffonds auf; ganze 18 neue Mitglieder wurden gewonnen. Aber trotzdem w ä r er nicht die Flinte ins Korn werfen; jetzt, nach sieben Jahren mühseliger Arbeit, dürfte die Organisation nicht fallen. Die freien Gewerkschaften werden diesen neuen Versuch zu ihrer Festigung mit den besten Wünschen begleiten, denn mit seltem Methodismus, die Steiger zu willenslosen Vollzugsbeamten seines Profitinteresses herabzumwürdigen, hemmt das Grubenkapital gleichzeitig den Aufstieg der Bergarbeiter.

— **Die Tagesordnung zum Gewerkschaftsfongress** ist noch um zwei Punkte erweitert worden; es sind noch Referate vorgelesen über die Bestrebungen des Verbandes deutscher Arbeiternachweise und über die gesetzliche Regelung der Tarifverträge. Auch sind jetzt die Referenten für die einzelnen Beratungsgegenstände ernannt worden. Den Rechenschaftsbericht der Generalkommission gibt Karl Begien, den über das Arbeiterinnensekretariat Fräulein Gertrud Hanna, über die sozialpolitische Abteilung berichtet Robert Schmidt und über das Zentral-Arbeiterssekretariat Rudolf Wiffel. Referent über die Volkswirtschaft ist Gustav Bauer, über die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes August Brey-Hannover, über Arbeitswilligensschutz und Unternehmerterrorismus Alexander Schilde-Stuttgart, über die Bestrebungen des Verbandes deutscher Arbeiternachweise Adam Neumann-Berlin, über Arbeitslosenfürsorge August Winnig-Hamburg, über die gesetzliche Regelung der Tarifverträge Theodor Leipart-Berlin, über den Einfluß der Lebensmittelsteuerung auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse Johannes Timm-München.

— **1500 Arbeiter ausgesperrt.** In der Gußstahlfabrik in Döhlen bei Dresden sind ca. 1500 Arbeiter ausgesperrt worden. Die Aussperrung wurde als Antwort auf eine Lohnbewegung der Former und Gießereiarbeiter verfügt. Die Direktion lehnte deren Lohnforderungen rundweg ab. Darauf beschloffen diese Arbeiter einstimmig den Streik; die Direktion verlangte die bedingungslose Zurücknahme der Kündigung, und als sich die Arbeiter darauf nicht entließen, erfolgte die Kündigung aller Arbeiter. Die Aussperrung begann am 14. Mai.

— **Der Glasarbeiterverband im Jahre 1913.** In der Flaschenindustrie machte sich die Krise vornehmlich bemerkbar. In einer Reihe von Fabriken wurde der Betrieb eingeschränkt, oder die Werke wurden völlig stillgelegt. Wurde schon dadurch eine ziemlich bedeutende Arbeitslosigkeit hervorgerufen, so trug auch die immer mehr sich einbürgernde automatische Owensmaschine noch wesentlich dazu bei. Ferner veräußerte die zahlreichen Uniformen sind von Sozialdemokraten gefertigt worden, und wenn er nach Korfu über Italien fährt, muß er sich der Obhut des sozialdemokratischen Zugführers Tamó anvertrauen, und in der Schweiz waren also auch unter den Offizieren und Regierungsvertretern, von denen er tagelang umgeben war, verachtete und gedächte Sozialdemokraten!

— **Die verfeigerten Tänzerinnen.** Ein uralter Kirnbrauch wird in verschiedenen Orten des Kreises Kreuznach geübt. Auch jetzt wieder werden vor den bevorstehenden Kirchweihfesten die jungen Dorfmadel regesrecht öffentlich und meistbietend versteigert. Ein Ausrufer spricht den im Dorfgasthof versammelten jungen Burtschen die Schönen an, und die Bewerber bieten für diejenige Maid, die sie als Tänzerin wünschlen. Die Angebote sind sehr verschieden, ältere Semester wurden dieser Tage mit nur 20 Pfennig „versteigert“, während die jugendlichen Dorfchönen auf 4 bis 6 Mark kamen. Bei manchen Burtschen soll das Vermögen des Mädchens missprechen, denn nicht selten entspinnt sich aus den gemeinsam verlebten Kirchweihfreuden zwischen dem Ersteigerer und der Ersteigerten ein Band fürs Leben.

— **Einen städtischen Feiertagen** hat sich Neuz zugeseigt. Den wandernden Musikanten, denen oft die Orgel noch der einzige Erwerb war, ist das Handwerk gelegt und die städtische Drehorgel hat das Monopol. Die Orgelbauer sind jetzt bejodet und die Bettelgelder, die in der verschlossenen Büchse eintommen, sollen den bedürftigen Kriegsveteranen zugute kommen. Nach einem bestimmten Plane wandert der städtische Feiertagen durch die Stadt, so daß jede Straße einmal in der Woche darankommt. Abgedrängte Gassenhauer sind natürlich bei einem städtischen Feiertagen ausgeschlossen. Die Orgel der Stadt muß ein Kulturfaktor sein.

Vermischtes

— **Wilhelm II. und die Sozialdemokraten.** Auf der Rückreise von Korfu hat Wilhelm II. wieder die besondere Fürsorge der Direktion der Gotthardbahn genossen: Der Oberzugführer Tamó wurde mit der Führung des Zuges betraut. Da der Genannte einer der führenden Sozialdemokraten in der Schweiz ist, hat sich nun ein deutsches Telegraphenbureau bemüht gefühlt, der staunenden Mitwelt in Deutschland mitzuteilen, daß der Kaiser sogar mit dem Genossen Tamó bei dem kurzen Aufenthalt des Zuges in Tirolo sich unterhalten hat. Es mag ja an sich für gewisse Leute auffällig sein, wenn Wilhelm II., der neben vielen andern im höchsten Grade für jeden Sozialdemokraten verlegenden Ausprüchen auch einmal von jenen „Genden“ sprach, die nicht wert seien, Deutsche zu heißen, sich „kurzlich“ wie der Ausdruck der Hoffnungen in solchem Maße mit einem Sozialdemokraten unterhält. Aber für Wilhelm II. scheinen die Sozialdemokraten der wilden Schweiz andere Menschen zu sein, als ihre Genossen in Deutschland, über die er sich schon sehr überschüßlich und wegwerfend zu urteilen erlaubte. Der Vorfall in Tirolo zeigt aber genau so, wie verschiedene Vorgänge während der vorletzthährigen schweizerischen Manöver, an denen bekanntlich der deutsche Kaiser teilnahm, daß Sozialdemokraten tollkühler sind und sein können, wie riefte der deutschen Junkerpraxis und ihre Soldatenscheiter, die keine Gelegenheit veräumen, alle Sozialdemokraten als die ungehebelsten und unympathischsten Menschen hinzustellen. Der Genosse Tamó ist nämlich nicht nur als der zurverfügungste Zugführer der Direktion der Gotthardbahn bekannt, sondern auch als langjähriger Vorsitzender des schweizerischen Zugspersonalverbandes, der seit vielen Jahren alle Differenzen seiner voll-

ständig auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaft und ihrer Mitglieder mit den Direktionen der schweizerischen Eisenbahnen regelte. Genosse Tamó hat in der schweizerischen sozialdemokratischen Partei schon die verschiedensten Ehrenposten bekleidet und sitzt unseres Wissens gegenwärtig im großen Rat (Landtag) des Kantons Tessin.

Wilhelm II. ist bekanntlich auch während der schweizerischen Manöver vor zwei Jahren mehrfach mit Sozialdemokraten in direkte Berührung gekommen; in Zürich hatte er eine Kompanie Schützen als persönliche Ehrenwache zugeteilt erhalten. Hauptmann dieser Kompanie war damals unser Genosse Dr. Enderli, Rechtsanwalt und Herausgeber einer Zeitungskorrespondenz in Zürich, der übrigens auch im vorigen Jahre die Leiche unseres Genossen August Bebel aus dem graubündnerischen Kurort Bassug nach Zürich geleitete. Genosse Enderli hat bekanntlich von Wilhelm II. eine wertvolle Krauwattennadel als Geschenk erhalten, die heute noch in seinem großen Silberschrank inmitten von Hunderten von wertvollen Schützenpreisen paradiert.

Wilhelm II. hat aber auch einen Vertreter der Regierung des Kantons St. Gallen zwei Tage um sich gehabt — mit dem er sich u. a. auch über die schönen Spreewaldberinnen unterhielt —, es war dies unser Genosse Heinrich Scherrer, der Vorsitzender der Internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiterschutz ist und seinerzeit beim St. Galler Parteitag der deutschen Sozialdemokratie im Jahre 1887, der wegen des Schandaeleges nicht in Deutschland tagen konnte, den Vorstoß führte und den schweizerischen Behörden gegenüber als Einberufer und Berankalter galt.

Auch Wilhelm II. kann sich eben den mannigfachen Beziehungen zu Sozialdemokraten nicht entziehen. Fast alle seine

schlechte Konjunktur unter den Fasseltenscheitern besonders in Berlin eine große Beschäftigungslosigkeit. Nach der Arbeitslosenstatistik waren im letzten Jahre 4202 Mitglieder insgesamt 05 895 Tage arbeitslos, es entfielen also auf jeden Arbeitslosen 22,70 Tage.

Die Mitgliederzahl betrug im Durchschnitt des Jahres 1912 gegen 1911 im Jahre 1912. Die Gesamtsumme stieg auf 515 915 Mark gegen 484 430 Mark im Jahre 1912. Die Ausgaben erreichten 471 020 Mark, so daß ein Ueberschuß von 44 895 Mark zu verzeichnen ist. Das Vermögen des Verbandes erhöhte sich von 279 736 Mark auf 324 684 Mark. — An Lohnbewegungen und Streiks waren 4780 Personen beteiligt. Es fanden statt: 28 Lohnbewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und 2 Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen; ferner 5 Angriffstreiks, 14 Abwehrstreiks und 3 Aussperrungen. Von den insgesamt 52 Bewegungen und Streiks waren 30 erfolgreich, 12 teilweise erfolgreich, 9 erfolglos und 1 Streik war nicht beendet. Durch die Bewegungen wurde erreicht: Arbeitszeitverkürzung für 1571 Personen 4463 Stunden wöchentlich, Lohnerhöhung für 1515 Personen zusammen 2602 Mark wöchentlich. Durch die Bewegungen wurden abgewehrt: Eine Verlängerung der Arbeitszeit für 96 Personen zusammen 283 Stunden wöchentlich und Lohnverkürzungen für 100 Personen insgesamt 532 Mark wöchentlich. Sonstige Verbesserungen wurden für 309 Personen erreicht. Die Organisation kann zufrieden sein mit den erreichten Erfolgen. Besonders ist die Verkürzung der Arbeitszeit für 1571 Personen von Bedeutung, wenn man die Hartnäckigkeit der Glasindustriellen gerade gegenüber dieser Forderung und die niedergehende Konjunktur in Betracht zieht. Die Tarifvertragsbewegung hat keinen Fortschritt zu verzeichnen gehabt. Am Beginn des Berichtsjahres bestanden 45 Verträge für 340 Betriebe und 5352 Personen. Davon erledigten sich 16 Tarife durch Ablauf oder andere Gründe, während im laufenden Jahre 17 Tarife neu abgeschlossen wurden. Von diesen gingen in das neue Geschäftsjahr 15 über, so daß am 1. Januar 1914 44 Tarife für 304 Betriebe mit 4903 Personen bestanden.

Eine Besserung der Konjunktur im Gewerbe ist leider im neuen Geschäftsjahre auch nicht zu verzeichnen.

— **Ganz Dänemark für Buchbinder gesperrt.** Die dänischen Buchbinder haben den am 1. Juli abgelaufenen Landestarif gekündigt und den Unternehmern einen Tarifentwurf unterbreitet, der von den Unternehmern mit einem Gegenentwurf beantwortet ist. Die Unternehmer scheinen sich nun auf einen Kampf vorzubereiten und versuchen, Arbeitskräfte in Deutschland zu werben, wie aus verschiedenen Anfragen deutscher Buchbinder beim Vorstand des dänischen Buchbinderverbandes hervorgeht. Besonders soll es die Kopenhagener Firma Petersen u. Petersen sein, die in deutschen oder Berliner Wäldern Buchbinder sucht. Da jetzt das Geschäft im allgemeinen in Kopenhagen darniederliegt, so ist zu erwarten, daß die so gefuchten Buchbinder nur gegebenenfalls als Kaufreißer gegen ihre dänischen Kollegen verhandelt werden sollen, um diesen von vornherein ein Durchsehen ihrer Forderungen unmöglich zu machen oder doch zu erschweren. Der Vorstand des dänischen Verbandes hat deswegen beim Internationalen Buchbindersekretariat beantragt, die Sperre über ganz Dänemark zu verhängen. Also, Buchbinder, keine Stellung nach Dänemark annehmen!

— **Die Fortbildungsschule im Dienste des Unternehmers.**

Zu Ellenburg streiten seit einigen Wochen die Formstecher, um der geradezu zu einer Gefahr für den wenig ausbreitungsfähigen alle gewordenen Lehrlingszüchterei Einhalt zu tun, nachdem alle Versuche zur Schaffung einer einigermassen erträglichen Lehrlingskassa an den „Herr-im-Haus“-Standpunkt einiger Unternehmer gescheitert waren. Ergab doch eine kurz vor Ausbruch des Konflikts gemachte Aufnahme, daß bei 49 am Orte beschäftigten Gehilfen 52 Lehrlinge „ausgebildet“ wurden, eine Zahl, die im Verhältnis zum Bedarf unerhöht genannt werden muß, da es den Ausgelernten kaum möglich ist, im Beruf Arbeit zu bekommen. Da einige Lehrlingszüchter sich absolut zu keinem Vergleich bequemen wollten, wurde der Streit erklärt. Jetzt kommt die Leitung der gewerblichen Fortbildungsschule den bedrängten Lehrlingsausbeutern zu Hilfe, indem sie die Mehrzahl der fortbildungspflichtigen Formstecherlehrlinge vom Schulbesuch dispensiert. Das empfinden die Arbeiter und Unternehmer als, daß dieser Kampf gerade im Interesse einer gesunden Lehrlingsausbildung geführt wird, und die „dispensierten“ Lehrlinge also gezwungen sind, ihre eigenen Interessen mit Füßen zu treten. Diese Maßnahme der Schulleitung, — selbst in Zeiten der Hochkonjunktur wurden bisher die Schüler nicht vom Unterricht dispensiert — zeigt auf neue, daß die von den Unternehmern als notwendiges Uebel betrachtete Volksschule im Zeichen der Jugendpflege nichts anderes ist als ein neues Instrument zur Bekämpfung der Arbeiter.

— **Ueber die Verabschiedung der Tarifverträge im Baugewerbe und die Tätigkeit des Haupttarifamts** wird uns mitgeteilt, daß am 29. und 30. April wiederum 36 Tarifverträge von den Zentralinstanzen unterzeichnet worden sind. Darunter befinden sich aus Ostpreußen die Verträge für Angerburg, Insterburg und Memel-Hendeburg; aus Schlesien der Vertrag für Münsterberg und aus Schleswig-Holstein der für Duvantstedt-Blonstedt. Die Provinz Hannover ist mit den Verträgen für Hörden, Osnabrück und Sarstedt, und das Königreich Sachsen und Thüringen mit den Orten Brandis, Eisenberg, Greiz, Meissen, Neustadt-Orla und Weida beteiligt. Für die Provinz Sachsen kommen in Betracht Bitterfeld, Eilenburg, Halle a. d. S., Queblinburg, Seehausen, Stendal und Zahna. Für die Pfalz sind die Verträge für die Orte Bergzabern, Bad Dürkheim, Edenkoben, Germersheim, Homburg, Kaiserslautern, Landau, Neustadt a. d. S., Pirmasens, Speyer, St. Ingbert und Zweibrücken, für Nord- und Südbagern Bad Altspring und Weisenburg und für Baden der Vertrag für Weinhelm verabschiedet.

In der letzten Sitzung des Haupttarifamts, die vom 5.—7. Mai getagt hat, ist infolge der nicht vollständigen Besetzung, die durch die Erkrankung eines Unparteiischen hervorgerufen wurde, der größte Teil von den auf der Tagesordnung stehenden Anträgen unerledigt geblieben. Es sind nur kleine Sachen verhandelt worden. Vor allen sind die Anträge, die auf eine grundsätzliche Entscheidung abzielen, zurückgestellt worden. Auch

die Fertigstellung der Tarifverträge, die von den Zentralorganisationen in denjenigen Fällen beantragt worden war, in denen nach der gesetzlichen Frist die Verträge brüchig nicht zustande gekommen sind, ist vorläufig unterblieben. Wie bereits früher mitgeteilt worden ist, kommen dafür in der Hauptsache das rheinisch-westfälische Gebiet und Thüringen mit über 500 Orten in Betracht.

Als einzige Entscheidung von einiger allgemeiner Bedeutung ist diesmal zu nennen: die nochmalige Erlebung des Lohnes für Einschaler im Betonbaugewerbe. Die Verträge der Unternehmer, durch Besetzung von Hilfsarbeitern bei dieser Arbeit den Lohn der Einschaler auf den Hilfsarbeiterlohn herabzudrücken, sind mißglückt. Das Haupttarifamt hat entschieden, daß für alle, außer den im Vertrag für Hilfsarbeiter vorgesehenen und demzufolge mit dem Lohn für Hilfsarbeiter zu entlohnenden Arbeiten, der Lohn der gelernten Arbeiter zu zahlen ist.

— **Streik und Aussperrung im Eisen- und Stahlwerk Höchst in Dortmund.** Genanntes Werk hat im vorigen Jahre seinen Betrieb um ein Drahtwalzwerk erweitert. Die Arbeitsverhältnisse sind so miserabel, daß etwa 90 Drahtwalzarbeiter ordnungsmäßig gekündigt haben und nimmere ausgetreten sind. Nachdem dies geschehen, hat das Werk selbst noch weitere 185 Arbeiter (Beizer, Wäscher und Lagerarbeiter) gekündigt. Diese werden also ausgesperrt. Die ausständigen Drahtzieher sind sämtlich organisiert.

Aus der Partei

— **Strafantrag gegen den Genossen Crispian.** Der preussische Kriegsminister hat gegen den Genossen Crispian als verantwortlichen Redakteur der Schwäbischen Tagwacht und gegen die Zeitschrift März wegen eines Artikels von Ulrich Kauscher Strafanträge gestellt, den die Tagwacht am 31. März aus der Zeitschrift abgedruckt hat. Der Artikel richtet sich gegen die K a f e r i e r u n g der Jugend und soll für den Kriegsminister beleidigend sein.

Endlich ist noch ein Strafantrag auf Veranlassung der Stuttgarter Polizei gegen den Genossen Crispian wegen eines Vorganges am 1. Mai in Stuttgart gestellt worden. Crispian soll zum Ungehorsam gegen die Befehle aufgefordert haben, weil er die Jugendlichen ersuchte, der Zumutung der Polizei nicht zu folgen und den Saal zu verlassen. Es handelt sich um eine besondere für die Jugend veranstaltete Malverjammlung, in der nichts Politisches erörtert werden sollte.

Soziales

Bundesratsverordnung über die Großeisenindustrie.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht in seiner gestern abend erschienenen Nummer einen Bundesratsbeschluß, betreffend den Betrieb der Anlagen der Großeisenindustrie.

Die neue Verordnung des Bundesrats verbessert die Verordnung vom 19. Dezember 1908 über die Ueberstundenarbeit in durchaus unzureichender Weise. Die Änderungen gegenüber dem heutigen Zustand sind folgende:

1. Das Verzeichnis über die Dauer der regelmäßigen Arbeitszeit soll künftig auch die Dauer der Arbeit an Sonn- und Festtagen anführen. Als Arbeit an Sonn- und Festtagen gilt dabei alle Arbeit, die innerhalb der nach § 105b Abs. 1 der Gewerbeordnung in jedem Werke zu gewährenden 24- oder 36stündigen Ruhezeit geleistet wird.

2. In Fortfall gekommen ist die in § 3 der Verordnung vom 19. Dezember 1908 der höheren Verwaltungsbehörde eingeräumte Befugnis, kürzere als einviertelstündige Pausen auf die Pausen von einer Gesamtdauer von zwei Stunden bei den Arbeitern anzurechnen, die in Schichten von länger als 8 Stunden beschäftigt werden. Die Befugnis der höheren Verwaltungsbehörde ferner, unbeschadet der Gesamtdauer der Pausen von 2 Stunden zu gestatten, daß die Mittags- oder Mitternachtspause statt einer Stunde nur eine halbe Stunde betrage, ist auf den Fall beschränkt, in dem in unmittelbarer Nähe der Arbeitsstelle gut eingerichtete Räume zum Einnehmen der Mahlzeiten sich befinden.

Die Minimalruhezeit von 8 Stunden ist durch folgende Fassung des § 4, der auch für die Ueberarbeit eine winzige Einschränkung einführt, auf 10 Stunden ausgedehnt:

§ 4.

Jedem Arbeiter, dessen regelmäßige Schicht länger als acht Stunden dauert, ist nach Beendigung seiner Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens zehn Stunden zu gewähren, bevor er wieder beschäftigt werden darf.

Abgesehen von den regelmäßigen Wechselschichten darf die Arbeitszeit, die zwischen zwei solchen Ruhezeiten liegt, auch durch Ueberarbeit nicht über sechzehn Stunden einschließlich der Pausen ausgedehnt werden.

Zu einer vierundzwanzigstündigen Wechselschicht dürfen Arbeiter nur herangezogen werden, wenn sie zwölf Stunden vorher und zwölf Stunden nachher von jeder Arbeit freigesetzt werden.

Für Arbeiten in Notsfällen sollen jedoch § 4 und die Vorschriften über Pausen keine Anwendung finden. Die Anzeige über Notsfälle (die wie alle Anzeigen fortan dem Gewerbeaufsichtsbeamten, nicht der Polizei zu erstatten sind) soll künftig aber die Betriebsabteilung und die Gründe für die Notsfallsarbeiten sowie die Zahl der dabei beschäftigten Arbeiter enthalten.

Ist von der höheren Verwaltungsbehörde eine Genehmigung zur Verminderung der Pausen gewährt, so muß künftig eine Abschrift der Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde an einer den beteiligten Arbeitern leicht zugänglichen Stelle anhängen.

Die neue Verordnung tritt mit dem 1. Dezember 1914 in Kraft.

Gegenüber den schweren Mißständen in der Großeisenindustrie sowie der außerordentlich langen und schweren, gesundheitsschädlichen Beschäftigung ist die vom Bundesrat getroffene Verordnung völlig unzulänglich. Wie in der Presse und im Reichstage so oft und eindringlich vorgetragenen Beschwerden über rücksichtslose Ausnutzung der Arbeitskraft in der

Eisenindustrie haben so gut wie keine, die Profiteure des Großkapitals volle Berücksichtigung beim Bundesrat gefunden.

— **Völlige Vernichtung des Selbstverwaltungsrechts in den Krankenkassen.** In der nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung am 1. Januar d. Js. gebildeten Ortskrankenkasse in Nordhausen waren sechs Beamte angestellt worden, die, nach ihrer bisherigen Tätigkeit innerhalb der Krankenkassen zu schließen, die ihnen übertragenen Ämter wohl auszufüllen in der Lage sind. Nachah wurden diese Beamten auch einstimmig von den Unternehmern und Arbeitern im Kassenvorstand und Ausschuß gefaßt. Die Aufsichtsbehörde denkt aber hierüber anders. Sie ordnete jetzt die Kündigung sämtlicher Angestellten an, angeblich weil diese nicht die notwendige Gewähr fachlicher Erlebung der Geschäfte boten.

Im Reichstage ist von sozialdemokratischer Seite leider vergeblich auf die Gefahr hingewiesen, welche die Reichsversicherungsordnung für die Selbstverwaltung der Krankenkassen bringt.

— **Die Konkurrenzklause.** Einen besonders trassen Fall, der zeigt, in welchem Maße der Unternehmer die Konkurrenzklause im Verträge für sich auszunutzen will, bringt die Heublungsgehilfenzzeitung zum Ausdruck. Der Vertrag, der die schöne Klause enthält, hat folgenden Wortlaut:

„Patentbureau Lehnert. Dresden-El., Johannesstr. 20. Ingenieur Fr. H. Lehnert und Ingenieur Eberh. Lorenz. Zwischen dem Patentbureau Lehnert und Fr. wird heute folgendes Abkommen getroffen:

Fräulein erhält im Patentbureau Lehnert, Dresden, Stellung als Kontoristin, und zwar zunächst mit einem Monatsgehalt von 30 Mark, und bei guter Führung erhält Fräulein eine Gehaltszulage von 10 Mark nach Verlauf von drei Monaten und sodann alljährlich, immer gute Führung vorausgesetzt, eine weitere monatliche Gehaltszulage von 10 Mark.

Die beiderseitige Kündigungsfrist wird auf einen Monat festgesetzt.

Fräulein verpflichtet sich noch ausdrücklich auf die Dauer von zwei Jahren, vom Tage ihres Austritts aus dem Bureau an gerechnet, keine Stellung in einem Konkurrenzbureau innerhalb Sachsens anzunehmen.

Die Arbeitszeit, welche pünktlich einzuhalten ist, wird von Fall zu Fall festgelegt.

Dresden, den 15. Dezember 1913.“

Unsere Kurpfuscher, die im Reichstage soeben an der Konkurrenzklause herumgebotter haben, sollten aus derartigen Dingen lernen, die Unternehmer weniger rücksichtslos zu behandeln als bisher. Nur das völlige Verbot aller Konkurrenzklause kann die Angestellten und Arbeiter vor solchen Unternehmern schützen, die sie in der Ausnutzung ihrer Arbeitskraft behindern wollen.

— **Das 4-Pfund-Brot des Bäckermeisters.** Wir entnehmen der Konjunkturgenossenschaftlichen Rundschau: Die Fleischermeister von Hessen-Nassau und dem Großherzogtum Hessen liefen auf ihrem Verbandstag am 3. Mai d. Js. in Saarlouis Sturm gegen die Landwirte, welche selbst Fleisch auspunden und an Private abgeben. Vor allem wurde bemängelt, daß die Landwirte mit dem Gewichte die Leute übervoorteilen, weil die Instrumente, die zum Abwiegen des Fleisches benutzt werden, meist den Namen Wage nicht verdienen. Ein Fleischermeister aus Frankfurt (Main) berichtete von einem Vorgang, der sich in Idstein (Taunus) zugetragen habe. Dort kaufte ein Bäckermeister bei einem Landwirte 4 Pfund Fleisch. Als er den Braten zu Hause nachwog, machte er die Wahrnehmung, daß an dem Gewichte $\frac{1}{4}$ Pfund fehlten. Auf die sofortige Reklamation hin war das Bäckerlein sehr erstaunt, denn er hatte zum Abwiegen des Fleisches ein 4-Pfund-Brot des Bäckermeisters benutzt. Der Vorgang ist noch insofern ergötzlich, als die Fleischermeister auf ihren offiziellen Tagungen die ehrlichen Junstgenossen der Bäckerei damit verpöten.

Persil

für

Kinderwäsche!

Henkel's Bleich-Soda

[492]

Thorn

Achtung! Achtung!
Parteilmitglieder, Volkswachtleier u. Vorstands-
mitglieder der Freien Gewerkschaften in Thorn.
Am Donnerstag den 21. Mai, vormittags pünktlich 11 Uhr,
findet im Goldenen Stern, Seglerstraße, eine
Außerordentliche allgemeine
Mitglieder-Versammlung
statt.

Auf der Tagesordnung steht:
1. Die Befestigung der unpolitischen Zustellung unserer Volkswacht. Referent: Genosse Follen-Danzig.
2. Anträge und Stellungnahme zum diesjährigen Westpreussischen Parteitag am 14. Juni in Elbing.

Werte Genossen! Der wichtigen Tagesordnung wegen sollte kein Parteimitglied, Volkswachtleier und die Vorstände der Gewerkschaften fehlen.
Die Vorstandsmitglieder der Freien Gewerkschaften sollten mehr wie bisher das Publikationsorgan, die Volkswacht, unterstützen.
Warum auf zu dieser Versammlung und agitiere ein jedes nach besten Kräften.
Mit Parteigruß
Der Vorstand.
J. A.: Joh. Kettowski.

graphen schließen wir uns an, bitten den Präsidenten aber, seine Fürsorge auch den unteren Beamten des Hauses zuzuwenden. (Bravo! b. d. Soz.)

Die Resolution Wassermann betr. die Einsetzung einer besonderen Kommission für Handel und Gewerbe wird angenommen. Bei der Abstimmung über die Resolution Behrens betr. Einsetzung einer besonderen Kommission für soziale und Arbeiterangelegenheiten bleibt das Resultat zweifelhaft, der Hammelirung ergibt die Annahme mit nur 177 Mitgliefern, von denen 75 Sozialdemokraten und Reichstagsmitglieder sind. Der Präsident ernennt die nächste Sitzung auf eine Viertelstunde später an.

Schluss der Sitzung: 12 1/2 Uhr.

260. Sitzung vom Sonnabend den 16. Mai, vormittags 12 1/2 Uhr. Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück, Kommissar.

Die Abstimmung über die Resolution Behrens (B. Soz.) wird auf die dritte Befragung verworfen.

Die Resolution Wassermann betreffend die Bewilligung von Freifahrtkarten während der Dauer der ganzen Legislaturperiode wird mit allen gegen die Stimme des Abg. v. Reit (konf.) angenommen. Der Etat des Reichstages ist damit erledigt.

Einige weitere Etats werden debattelos angenommen.

Allgemeinen Pensionsfonds

Abg. Erzberger (Ztr.) die Einrichtung einer privaten Auskunftsstelle für pensionierte Offiziere. Generalmajor von Langemann sagt Erfüllung des Wunsches zu.

Beim Ergänzungsetat der Reichspostverwaltung erklärt Staatssekretär Kräfte: Der Bundesrat hat der Umwandlung der nicht pensionsfähigen Zuzüge des Bureaupersonals in pensionsfähige zugestimmt.

Abg. Antfeld (Soz.) klagt über Schikanierungen der Postbeamten durch den Postdirektor auf dem Hauptpostamt in Braunschweig. Nach außen hin legt man immer großen Wert auf das gute Einvernehmen zwischen oberem und unterem Personal, aber die Unterbeamten werden in jeder Weise schikaniert und barm noch zur Teilnahme an Festen durch die höheren Beamten gezwungen. Beamtenausschüsse in allen Oberpostdirektionen würden uns hier manche Beschwerden sparen.

Staatssekretär Kräfte: Es wird nicht gelingen, Unzufriedenheit in die Reihen unserer braven Postunterbeamten zu tragen.

Abg. Brühne (Soz.): Die Lächerlichkeit der Postunterbeamten erkennen auch wir an, dann soll man sie aber auch als tüchtige Beamte besser behandeln. (Sehr gut! b. d. Soz.) Auch die Beamten der Oberpostdirektion Frankfurt a. M. klagen über die rigorose und kleinliche Aufsicht.

Beim Etat der allgemeinen Finanzverwaltung klagt Abg. Kleye (nall.) über die ungünstige Lage der deutschen Zuckerindustrie.

Reichschatzsekretär Kühn weist auf die Zuckerausfuhr nach England hin, die 70 Prozent unserer Zuckerproduktion ausmacht.

Abg. Wurm (Soz.): Der Weltmarkt wird natürlich nicht auf die Dauer nur von Deutschland Zucker nehmen. Deshalb muß unsere Zuckerindustrie

den Inlandsconsum heben.

Der Inlandsmarkt ist überaus aufnahmefähig. Aber er wird nur dann den jetzt nach England ausgeführten Zucker verbrauchen, wenn der Zucker billiger wird, wenn endlich die Zuckersteuer fällt. Gerade die Nationalliberalen, die jetzt über die Verhältnisse in der Industrie klagen, haben die Aufrechterhaltung der Zuckersteuer mit bewilligt. Die Spirituszentrale zeigt in handgreiflicher Weise die Schädlichkeit eines privaten Monopols. Trotz der gesunkenen Kartoffelpreise geht sie mit den Spirituspreisen nicht herab, sondern sie sucht die Destillateure, die ihre Bedingungen nicht annehmen wollen, durch Rabatte gefügig zu machen, und da das noch nicht ganz gelingt geht sie auch zur Alkoholfabrikation über. An sich könnte die Kartoffelproduktion noch erheblich gesteigert werden. (Zuruf rechts: Aber sie rentiert nicht.) Gewiß, und die kapitalistische Produktion muß vor allem Rentie aus dem Boden herauswirtschaften, die sozialistische dagegen wird aus dem Boden Nahrung fürs Volk gewinnen. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.)

Abg. Koch (Sp. und v. Mebing (Welfe) wünschen die Herabsetzung der Zuckersteuer.

Abg. Dr. Paasche (nall.): Der Herabsetzung der Zuckersteuer, so erwünscht sie im Interesse der Hebung des Zuckersconsums wäre, können wir mit Rücksicht auf die allgemeine Finanzlage nicht zustimmen.

Abg. Kretz (konf.): Die vom Abg. Wurm gegen die Spirituszentrale erhobenen Vorwürfe sind unberechtigt.

Abg. Wurm (Soz.): Meine Zahlen stammen aus dem Material, das mir eine der Fabriken selbst zur Verfügung gestellt hat. Sie sind absolut richtig und einwandfrei.

Abg. Siebenbürger (konf.) klagt über die zollfreie Einfuhr von Kleie, welche die Reichsstaße, die Landwirtschaft und die Mühlen schädigt.

Abg. Mollenbohr (Soz.): Gerade im Interesse des kleinen Bauern müssen wir sozial Viehfutter wie möglich in das Land hineinführen. Der Rückgang des Viehstandes ist vielfach durch den Mangel an Viehfutter verursacht. Der Vorstoß der Konservativen läuft darauf hinaus, den kleinen Bauer zu schädigen, und das Fleisch noch weiter zu verteuern. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Abg. Fegter (Kp.) schließt sich diesen Ausführungen an.

Abg. Kretz (konf.): Der kleine Landwirt hat reichlich Futter für sein Vieh auf dem eigenen Grund und Boden. (Lebhafte Widerspruch links.) Futterbedarf hat nur der Viehhändler.

Abg. Siebenbürger (konf.): Das Folgeschick muß jedenfalls beachtet werden.

Abg. Neuhaus (Ztr.) klagt darüber, daß die Bundesstaaten für die Einziehung der Zölle und Steuern zu geringe Entschädigung erhalten.

Reichschatzsekretär Kühn: Ueber die Neuregelung dieser Entschädigung wird dem Reichstage eine Vorlage zugehen.

Bei der Beratung des Etatsgesetzes begründet Abg. Graf v. Westarp (konf.) einen Antrag, den Wehrbeitrag in größerem Umfang zur Deckung der einmaligen und fortlaufenden Ausgaben der Jahre 1913 bis 1916 zu verwenden.

Reichschatzsekretär Kühn: Der Antrag bedeutet eine Aenderung der Finanzierung der Wehrooelage, die erst im vorigen Jahre beschlossen ist. Materiell ist er vermutlich belanglos, da aus dem Wehrbeitrag sicherlich nicht 1200 Millionen Mark einkommen werden.

Abg. Erzberger (Ztr.): Der Antrag enthält eine Aenderung eines Gesetzes durch ein Gesetz, also eine Erweiterung der Rechte des Reichstags, die von der Rechten ausgehend nur sympathisch begrüßen kann. (Heiterkeit.) Materiell will der Antrag, daß das Mehreinkommen aus dem Wehrbeitrag über tausend Millionen Mark zur Abbrückelung des Wehrbeitrages benutzt wird. Dem können wir nicht zustimmen.

Abg. Dießing (Kp.) bekämpft den Antrag ebenfalls.

Die weiteren Bemerkungen der Abgg. Graf Westarp (konf.) und Schöner (nall.), die in eine Fäkerlei darüber ausarten, ob die Konservativen dem Wehrbeitrag mehr oder weniger freudig zustimmen, wird der Antrag Graf Westarp abgelehnt.

Der Rest des Etats wird debattelos genehmigt.

Das Spionagegesetz.

Abg. Stadthagen (Soz.): Wir erkennen an, daß die Kommission aus dem Entwurf die beabsichtigte Diktatur der Militärbehörde befreit und ihm die Mitsprache gegen die Arbeiter und Angehörigen der Presse ausgedrückt hat. Aber es bleibt noch genug übrig, um uns zur Bekämpfung dieses Gesetzes zu veranlassen. Selbstverständlich verurteilen wir mit jedem anderen den Landesverrat und wollen ihn verhindern, aber dazu genügen mindestens die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, soweit man der Spionage mit Strafgesetzen bekommen kann. Das Reichsgericht hat durch seine ausdehnende Rechtsprechung alle möglichen Dinge für militärische Geheimnisse zu erklären verstanden, sogar Dinge, die jeder sehen kann und die sich gar nicht geheimhalten lassen. Ist doch sogar die ganze Insel Helgoland wegen ihrer strategischen Bedeutung als militärisches Geheimnis er-

kärt worden! Einer derartigen ausdehnenden Rechtsprechung steht auch diese Vorlage ein Beispiel nicht vor. Nun hat aber das gegen unsern Strafgesetzbuch beschlossene Gesetz von 1893 bewiesen, daß man durch Strafgesetze die Spionage überhaupt nicht bekämpfen kann. Die Spionage hat sich seitdem vielleicht noch vermehrt. Man hat Verwaltungsmaßnahmen angeknüpft, daß ausländische Arbeiter auf den Werften, bei Festungsbauten usw. nicht beschäftigt werden dürfen, aber auf der „geheimen“ Insel Helgoland werden sie bis heute beschäftigt. Sehr häufig handelt es sich ja bei den angeblichen militärischen Geheimnissen nur um überflüssige militärische Geheimnistramerei. Die letzte Zeit hat genug Beweise dafür geliefert, daß ein wirklich wirksames Bekämpfungsmittel der Spionage die Verstaatlichung der Rüstungs-, Werft-, Eisen- und der Industrie der Schiffe der Erde zur Voraussetzung hat. In diesen Dingen muß aber derjenige, der den Landesverrat wirklich bekämpfen will, das tun, was nicht innere Zustände herrschen, sondern einen großen Teil der Bürger das Staatsgefühl, die Anteilnahme an der Stärke des Staates nehmen und die dadurch im Auslande die Ansicht entziehen lassen, daß dieser Staat infolge dieser inneren Zustände weniger in der Lage sein könnte, sich zu wehren, so daß wiederum gerade ein Anreiz für die ausländische Spionage gegeben wird. In dieser Beziehung muß die Polizeipolizei

gegen bestimmte politische Richtungen, die Verhinderung der Gleichberechtigung gegen ganze Klassen und Nationen, die Entschärfung des Massenkampfes gegen große Gruppen von Staatsbürgern durch den Staat der Spionage Vorbehalt leisten. Diese Dinge sind es, die im Ausland den Glauben erwecken, daß die inneren Zustände so fault seien, daß man Naturkräfte gewinnen könnte, die bereit sind, die schimpfliche Tat des Landesverrats zu begehen. In diesem Sinne wird aber auch auf militärischem Gebiet reichlich gefühllos. Die Anziehung der unübersteiglichen Schranken zwischen Soldaten und Offizieren, die Unmöglichkeit, daß im Heere jeder nach seinen Fähigkeiten auch die höchsten Stellen erreicht — das bereitet den Boden für die Spionage; und ebenso geschieht das dadurch, daß die beschworene Treue und patriotische Verfassung unausgesetzt gegenüber der Masse der Bürger verriet, daß die beschworene Gleichberechtigung und objektive Rechtsprechung ihnen vorzuenthalten wird, daß man Angehörigen der größten Partei des Volkes nur wegen ihrer Bestimmung die ständige Eignung zum Einkäuflich-Freiwilligen abspricht! Diejenigen, die an solchen Zuständen schuld sind, die sie billigen, die machen sich in Wahrheit des Hochverrats schuldig, indem sie, wie ich schon anführte, das Ausland zur Betreibung der Spionage anregen. — Soweit die jetzige Vorlage noch Verschärfungen gegenüber dem Gesetz von 1893 enthält, bitten wir Sie dringend, diese Verschärfungen zu streichen.

Insbefondere soll bei milderen Umständen Festungshaft zugelassen werden. Selbst eine Reihe von Reichsgerichtsräten, die sonst noch über die Kommissionsbeschlüsse hinausgehen, bitten, es in diesem Punkte bei der Möglichkeit der Festungshaft zu belassen. Ferner soll nach Ihren Beschlüssen bei schweren Schäden für das Reich lebenslängliches Zuchthaus zugelassen sein. Ist 15 Jahre Zuchthaus nicht genug? Solche Strafverschärfung ist ein Zeichen stantlicher Ankultur, und die Liberalen sollten solche Ungehörlichkeiten schon wegen der Rückwirkung auf die allgemeine Reform des Strafgesetzbuches nicht billigen. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Das Gesetz wird in allen seinen Paragraphen unter Ablehnung der von den Abgg. Cohen (Soz.) und Stadthagen (Soz.) vertretenen Anträge der Sozialdemokratie mit allen bürgerlichen Stimmen nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Montag 12 Uhr (Nehmungsachen, Militärstrafgesetzbuch, Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständigen, Postdampfersubvention und dritte Lesung der Besoldungsnovelle).

Schluss: 7 1/2 Uhr.

Das alles gilt selbstverständlich auch für die Verschönerung der Häuser auf der Hof- oder Gartenseite, insbesondere da, wo die Ausschmückung der Straßenseite nicht möglich ist.

Eage des Wohnungsmarktes Anfang Mai 1914

Die Zahlung der Leerwohnungen am 15. Oktober 1913 hatte gegen das Vorjahr eine Abnahme von 1080 = 2,5 % der Gesamtzahl auf 821 = 2,0 % ergeben. Die Abnahme hatte alle Wohnungsgrößen getroffen. Es standen Wohnungen mit Küche so:

	am 15. X. 1912	15. X. 1913
von 1 Wohnräumen (auschl. Küche)	253 = 1,9 %	239 = 1,7 %
" 2 " "	221 = 1,5 %	208 = 1,4 %
" 3 " "	112 = 1,8 %	88 = 1,8 %
" 4 " "	111 = 3,6 %	58 = 1,0 %
" 5 " "	115 = 8,5 %	77 = 5,6 %
" 6 u. mehr "	161 = 11,6 %	121 = 8,4 %
außerdem Wohnungen ohne Küche	56 = 5,4 %	38 = 3,7 %
außerdem Wohnung unbes. Größe	1	

Seitdem hat durch die Bautätigkeit das Wohnungsangebot in Danzig nur eine ganz unzureichende Vermehrung erfahren.

In der Zeit vom 15. Oktober 1913 bis zum 1. April 1914 kamen nämlich nur 13 neue Wohnhäuser zur baupolizeilichen Schlußabnahme; hierdurch kamen in Zugang: 1 Wohnung ohne Küche, ferner Wohnungen mit Küche: 3 von 1 Zimmer, 25 von 2 Zimmern, 10 von 3 Zimmern, 7 von 4 Zimmern, 6 von 5 Zimmern und endlich 6 von 6 und mehr Zimmern. Das ist ein Zugang von zusammen 58 Wohnungen, darunter nur 38 Kleinwohnungen bis zu 3 Zimmern und Küche. Im ganzen Halbjahr 1. Oktober 1913 bis 1. April 1914 ist nach den baupolizeilichen Schlußabnahmen ein Zugang von 109* Wohnungen zu verzeichnen, darunter 73 Kleinwohnungen bis zu 3 Zimmern und Küche; im entsprechenden Halbjahr 1912-13 hatte dieser Kleinwohnungs-Zugang noch 238 betragen, 1911-12 sogar noch 280! Der Zugang gegen 1911-12 ist demnach auf rund 1/4 gesunken.

Der Wohnungsbau 1910 bis 1913.

Kalender-jahr	Anzahl der neu errichteten Wohngebäude		Anzahl der neu errichteten Wohnungen					Gesamtzahl der neu errichteten Wohnungen (ohne Küche)	Zugang in einem Vierteljahr	Zugang in einem Halbjahr	Zugang in einem Jahr	
	überhaupt	darunter auf neuem Grund	davon mit Zimmern									
	1	2	1	2	3	4	5	6 u. mehr				
1913	62	36	411	10	175	107	51	39	29	1322	8,2	6,6
1912	115	93	846	23	345	200	102	46	35	2491	2,9	7,9
1911	123	77	845	65	365	253	113	29	20	2297	2,7	6,9
1910	97	56	676	45	282	214	201	94	63	2905	3,8	9,0

Die Bautätigkeit des ganzen Jahres 1913 erzeugte nicht mehr als 62 neue Wohngebäude mit 411 Wohnungen gegen 843, 845 und 876 Wohnungen in den Jahren 1912 bis 1910 zurück; das ist ein Rückgang um mehr als die Hälfte. Kleinwohnungen (bis zu 3 Zimmern und Küche) wurden errichtet: 1910: 521, 1911: 683, 1912: 663, 1913: 292!

Der in nächster Zeit bevorstehende Zugang an Wohnungen durch die Bautätigkeit ist unmittelbar erkennbar aus der Zahl der vollendeten Rohbauten von Wohnhäusern. Wie sehr hier gegen das Vorjahr die Aussichten sich verschlechtert haben, mögen folgende Zahlen zeigen: Es gelangten Wohnhausbauten zur Rohabnahme im

1. Vierteljahr 1913: 11, darunter 4 in Langfuhr.
1. „ 1914: 3, sämtlich in Langfuhr.

Im letzten Halbjahr des Jahres gelangten zur Rohabnahme:

Juli/Dezember
1912: 44 Wohnhausbauten, darunter 28 in Langfuhr,
1913: 11 „ „ „ 6 „ „

d. i. ein Rückgang auf 1/4!

Die rückgehende Zahl der Baugenehmigungen zeigt bereits in 1912 für 1913 eine ungenügende Bautätigkeit an; hierauf ist auch neuerzeit im Jahresbericht des Statistischen Amtes für 1912 hingewiesen worden. Es wurden Wohnhäuser genehmigt:

im Stadtteil	1. Vierteljahr					
	1911	1912	1913	1912	1913	1913
Altstadt	19	8	7	2	3	2
Rechtstadt	8	6	3	3	1	—
Vorstadt	3	—	1	—	—	—
Außenwerte	1	8	—	1	—	—
Niederstadt	4	3	1	1	—	—
Kneiphof	—	—	1	—	—	—
Holm	—	1	—	—	—	—
Troitz	1	—	—	—	1	3
Schifflich	5	—	3	—	—	1
Stangenberg	3	2	3	—	—	—
Langfuhr	59	60	23	9	3	2
Neufahrwasser	11	5	2	—	—	—
Stadtgebiet	4	—	—	—	—	—
St. Albrecht	—	—	—	—	—	1
zus. Danzig	118	93	46	16	8	9

Diese Zahlen sprechen nicht für eine genügende Wiederbelebung der Bautätigkeit für die nächste Zeit.

Insgesamt wurden 1913: nur 46 Wohnhausbauten genehmigt gegen 93 und 118 in den beiden Vorjahren (in Langfuhr 23 gegen 60 und 59). Im Zeitraum Januar bis März 1914 wurden für Langfuhr 2 Wohnhäuser genehmigt gegen 3 und 9 in den beiden Vorjahren.

Betrachten wir nun noch die Baugenehmigungen von Wohnhäusern. Hier allein finden wir einen kleinen Lichtblick. Es wurde mit dem Bau von 25 Wohnhäusern begonnen.

* Davon 5 von gemeinnützigen Baugesellschaften errichtete Wohnungen.
† Darunter 3 durch Umbau entstandene Wohnungen.

Danziger Nachrichten

Zur Verschönerung des Straßensbildes

kann durch geschmackvolle Bepflanzung von Balkon- und Verandaflästen viel beigetragen werden. Jetzt ist die Zeit der Ausschmückung von Balkons und Fenstern, weshalb es am Plage ist, darüber einiges zu sagen.

An vielen Häusern sind bereits beim Bauen entsprechende Vorrichtungen für die Aufnahme der Blumenkästen getroffen; und wo diese nicht vorhanden sind, da lassen sie sich leicht treffen. Auch dort, wo eine Veranda oder ein Balkon nicht vorhanden, können Blumenkästen leicht angebracht werden. Dort, wo die Fenster nach innen geöffnet werden, befestigt man die Kästen am vorteilhaftesten auf dem Fenstergesims; im anderen Falle müssen sie entsprechend tiefer aber auch neben und zwischen den Fenstern angebracht werden. Auf die Bepflanzung ist einige Sorgfalt zu verwenden, und zwar nach verschiedenen Richtungen hin.

So ist erstens bei der Wahl der Blumenfarbe die Farbe des Hauses zu berücksichtigen. Würde man nämlich ein in dunklem Ton gehaltenes Haus mit nur dunklen Geranien schmücken, so würde das Haus trotz des Blumenschmuckes nur tot aussehen; wogegen man hier mit hellfarbigen Blumen eine großartige Wirkung erzielen wird. Bei Häusern mit hellem Anstrich sind umgekehrt wieder dunkelfarbige Blumen von bester Wirkung, und zwar sind bei gelblich gestrichenen Häusern Blumen mit leuchtend roten Farben und bei blendend weißen Häusern solche mit rosafarbenen Blüten am wirkungsvollsten. Gemischtfarbig bepflanzte Kästen sind immer, wo sie auch angebracht sind, von bester Wirkung.

Dann ist bei der Bepflanzung zu beachten, ob der Standort der Kästen ein sonniger oder schattiger ist, und ist dementsprechend die Pflanzenwahl zu treffen. Für einen sonnigen Standort sind besonders die Geranien geeignet, für schattige Lagen sind die Fuchsien allen anderen vorzuziehen. Drittens verwende man bei der Bepflanzung nur gut entwickelte Pflanzen. Die Pflanzen müssen „fertig“ sein und bereits die ersten Blüten zeigen, und soll auch der Kasten nach dem Bepflanzen den Eindruck eines fertigen Blumenkastens erwecken. Sind die Pflanzen noch schwach und in der Entwicklung zurück, so vergeht der halbe Sommer, bevor sie ihre ersten Blüten entwickeln. Schließlich ist die Verwendung einer guten nahrhaften Erde Bedingung, die man sich am vorteilhaftesten in einer Gärtnerei erwirbt, falls man nicht selbst gute Komposterde hat. Auch eine nahrhafte lockere Gartenerde, die mit Sand und stark verrottetem Dünger und Hornspänen durchsetzt ist, läßt sich verwenden. Außerdem sind die bepflanzten Kästen reichlich zu gießen; denn die warme Temperatur und der Wind, der die Kästen von allen Seiten umspielt, lassen die Erde rasch austrocknen.

Einige Wochen nach der Bepflanzung ist den Kästen wöchentlich einmal ein Düngerguß zu geben. Hierzu sind die Raumannschen und Wagnerischen Nährsalze wie auch im Wasser aufgelöste Hornspäne besonders geeignet. Stark ausgetrocknete Kästen sind vor dem Düngen erst mit reinem Wasser zu begießen. Das Gießen und Düngen geschieht am besten in den Abendstunden.

im Stadtteil	im Halbjahr	
	1. Oktober bis 1. April 1913	1913/14
Mühlhölz	1	4
Rechtshof	1	1
Wohnwerk	1	1
Niederstraße	1	1
Kneipsh	1	1
Helm	1	1
Trogl.	1	1
Schönig	1	1
Gigantendock	1	1
Langfuhr	11	14
Neufahrwasser	1	1
Stadthof	1	1
St. Albrecht	1	1
Danzig	18	25

Die Baubeginne allein zeigen demnach eine Besserung, wir haben im Halbjahr Oktober März 1913/14: 7 Wohnhausbeginne mehr als entsprechend ein Jahr zuvor. Leider kann zurzeit nicht angegeben werden, wieviel Wohnungen mehr durch 7 Häuser bedeuten, jedoch handelt es sich vorwiegend um 1 und 2 Familienhäuser in Langfuhr.

Haben wir auf der einen Seite einen außerordentlich zu nennenden Rückgang in der Herstellung der Ware „Wohnung“ zu verzeichnen, so auf der anderen Seite ein Aufschwüngen der Nachfrage.

Die fortgeschriebene Bevölkerung Danzigs betrug am 1. November 1912: 175 124, am 1. November 1913, also kurz nach der Vollerhebungszählung 181 286, am 1. Mai hingegen rund 182 350. Die Bevölkerung ist demnach in diesen 6 Monaten um über 1000 Köpfe gestiegen; hierin ist der Zuwachs an Militär, der schon vor dem 1. November eintrat, und durch die Eingemeindung (rund 13 000) nicht mitenthalten.*

Für die Zeit vom 15. Oktober 1913 (Tag der Vollerhebungszählung) bis zum 1. Mai 1914 ergeben die — in Danzig wie in den meisten Großstädten allerdings sehr mangelhaft erfolgten — polizeilichen Meldungen — für das alte Stadtgebiet — folgendes Bild:

Es sind zugezogen				Es sind fortgezogen			
Weinstehende		Parteien		Weinstehende		Parteien	
männl.	weibl.	Zahl	mit Personen	männl.	weibl.	Zahl	mit Personen
8712	4739	1603	3768	6005	4884	1413	4961

Die Weinstehenden zeigen hier zwar einen Mehrfortzug; die Erfahrung hat aber gelehrt, daß er zum Teil nur scheinbar und durch die zahlreichen Fortzugsmeldungen nach „unbekannt“ für tatsächlich hier verbleibende Personen verursacht ist. Die „Weinstehenden“ bilden zudem auch keine Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt; diese geht vielmehr von den Parteien aus; hier haben wir aber einen Zugzugsgewinn von 190 zu verzeichnen. Wenn nun auch nicht anzunehmen ist, daß jede dieser 190 Parteien eine Wohnung mehr für sich in Anspruch genommen hat (einzelne Parteien bilden keinen eigenen Haushalt, was aus den Danziger Meldebüchern nicht ersichtlich ist), so hat sich doch hiernach der Leerwohnungsvorrat vom 15. Oktober 1913 weiter verringert. (Der Zugang durch die Bautätigkeit betrug ja nur 58 Wohnungen; die Zahl der bereits vorhandenen Wohnungen hat zudem durch Abbrüche und Umbauten noch um 4 abgenommen; ferner haben im Zeitraum 1. Oktober 1913 bis 1. Mai 1914 875 Eheschließungen stattgefunden, von denen bestimmt ein erheblicher Teil als Wohnungsnachfrage aufgetreten ist; hier ist allerdings zu berücksichtigen, daß durch die Eheschließungen durch Tod eines der Eheleute auch Wohnungen frei werden können.)

Danzig, den 5. Mai 1914.
Statistisches Amt.
Dr. Grünspan.

Kleinrenten-Gesellschaft „Eigenheim“. Unter außerordentlich starker Beteiligung fand Sonntag im Cafe Wigt in Langfuhr die Gründung der Kleinrenten-Gesellschaft „Eigenheim“ statt. Es waren etwa 300 Personen anwesend. Nach Eröffnung der Versammlung, die Herr Fritz Blum leitete, hielt Herr Hochschulpfarrer Klöppel einen eingehenden Vortrag über Zweck und Ziele der Genossenschaft im allgemeinen, die Aufgabe der neu zu begründenden Genossenschaft im besonderen und erläuterte an der Hand zahlreicher Heberichtspläne und Entwürfe die in Aussicht genommene Herstellung von Wohnstätten. Die Errichtung des Bärenwinkels — eine Maßnahme, die von Stadtverordneten Münsterberg angeregt und vom Magistrat Danzig befürwortet wird — soll die erste Aufgabe der neuen Genossenschaft sein. Diesem Vortrage wurde einstimmig zugestimmt. Die nun folgende Beratung der Satzung zeitigten die einstimmige Annahme derselben. Die Wahlen ergaben nachstehendes Bild. Aufsichtsrat: Königlich-Preussischer Regierungsrat Kette (Deutsche Bauernbank) Vorsitzender, Landesrat Flebbe, Maschinenbauer Horstmann Stellvertreter, Maschinenbauer Bruhn Schriftführer und sieben Beisitzer. Professor Klöppel, der ebenfalls in den Aufsichtsrat gewählt wurde, übernimmt die künstlerische Leitung. Vorstand: Magistratsassistent Friedrich, Blum Vorsitzender, Maschinenbauer Schmettel Kassensührer, Schlosser Nieß Schriftführer. — Der harte Besuch und die große Zahl der Anmeldungen — es traten sofort 120 Mitglieder bei, während etwa weitere 100 Personen die Zustimmung ihres weiblichen Kompagnons einholen wollten — zeigen deutlich das außergewöhnliche Interesse, welches diesem Unternehmen entgegengebracht wird.

Jedes Ding hat zwei Seiten. Die Eingemeindung der Bororte hat für manche Beamtengruppen unerwartliche Nebenwirkungen. Reisekosten und Tagegelder nach Proßen, Saipen, Schellmühl, Weichselmünde, Heubude, Krakau, Gur Kieselfeld, Weichsel, Neufahrwasser dürfen nicht mehr berechnet werden.

Ausflüge. Das schöne Frühlingswetter lockte unsere Jungmannschaft nach dem Strand. Eine große Schaar Jungen

* Einschließlich der neuen Gebietsteile zählte Danzig am 1. Mai rund 195 250 Seelen.

und Möbel hatten sich zusammengefunden. Der Weg über den Trost nach Weichselmünde brachte zwar einige schwierige Passagen, sorgte aber auch für allerlei Kurzwelt. Am Strande entwickelte sich lustiges Leben und Treiben. Der Heimweg führte über Neufahrwasser.

Pfingstverfehr. Die Versendung mehrerer Pakete mit einer Postpatetadresse ist für die Zeit vom 25. bis einschließlich 30. Mai weder im innern deutschen Verkehr noch im Verkehr mit dem Ausland — ausgenommen Argentinien — gestattet. Nach Argentinien können auch in dieser Zeit mehrere, jedoch höchstens drei Pakete, mit einer Postpatetadresse versandt werden.

Leichensund. Montag nachmittag gegen 4 1/2 Uhr wurde in der Nähe des Krantors eine Leiche aus dem Wasser gezogen. Der Tote war mit schwarzer Hose und Rock und Schnürschuhen bekleidet. Wie wir hören, soll es sich um einen jungen verheirateten Arbeiter aus Schidlich handeln. Die Leiche hat ungefähr eine Woche im Wasser gelegen.

Die Feuerwehr löschte Sonntag in dem Hause Grabengasse 3 einen Schornsteinbrand.

Sängerverein Sängergesang. Am Mittwoch den 20. Mai, abends 8 1/2 Uhr gemeinsame Übungsstunde in Langfuhr, Eichenhof. Nach der Übungsstunde Erledigung wichtiger Vereinsangelegenheiten. Die Mitglieder werden ersucht, vollständig zu erscheinen. Der Vorstand.

Die Arbeiter-Radfahrer machten in stattlicher Zahl einen Frühjahrsausflug nach Steegen. Ein Spaziergang durch den Wald zum Seestrand bot eine willkommene Abwechslung.

Standesamt vom 18. Mai.
Danzig.

Todesfälle: Invalide Rudolf Wiese, 86 J. 5 M. — Telegraphen-Setzer a. D. Adolf August Jablonski, 80 J. 8 M. — Frau Ida Grundt, geb. Steinert, 46 J. 1 M. — L. des Schmiedegesellen Rudolf Borchardt, 3 M. — Frau Margarethe Schwarzrod, geb. Broeger, 30 J. 6 M. — Witwe Louise Hierocki, geb. Richter, 65 J. 5 M. — L. d. Kaufmanns Ferdinand Benisch, 26 Tage. — Heizer und Schlosser Max Bogus, 29 J. 4 M. — Werkstatthalter Johann Gottlieb Kalske, 71 J. 4 M. — Witwe Karoline Diesler, geb. Teschner, 60 J. 5 M. — Unbekannt: 2 S.

Die sozialdemokratische Presse.

„Die Arbeiterblätter haben ihren Lesern den Gedanken beigebracht: **Leb das Beste, dann wachst ihr daran, lebst es, wenn es auch zunächst nicht leicht ist, um euch zu heben; versteht, daß es zweierlei Unterhaltung gibt: Zeittotschlagen und Genuß, der nährt, und sei es euch zum Zeittotschlagen zu gut. Es ist diesen Redakteuren nicht eingefallen, zum Kostportageroman zu greifen, wenn die ersten Versuche mißlingen, und so haben sie es allmählich dahin gebracht, daß die Feuilletons ihrer meisten Zeitungen bei ihren Lesern ein weit ernsteres Interesse voraussetzen können, als die der kleineren bürgerlichen Presse. Lernet diese nicht von ihr, fährt sie mit dem Dunnhalten und Verdummen fort, so gewährt sie eben den Sozialdemokraten ein Recht, sich als die überlegenen geistigen Bildner des Volkes zu fühlen.“**
(Ferdinand Avenarius, Herausgeber des „Kunstwart“.)

Polizeibericht vom 17. und 18. Mai.

1. Verhaftet: 6 Personen, darunter 1 wegen Körperverletzung, 1 wegen Zechprellerei, 1 wegen Bettelns, 3 wegen Trunkenheit.
2. Obdachlos: 3 Personen.
3. Gefunden: 1 kleiner Schlüssel, 1 silberne Rodnadel, abzuheben innerhalb eines Jahres aus dem Fundbureau des königlichen Polizei-Präsidiums.

Aus aller Welt

Fliegerunglück. Bei dem Militär-Geschwaderflug von Schouland nach Salisbury stürzte ein Flieger in der Nähe von North Allerton (Grafschaft Northshire) ab. Der Flieger und sein Mechaniker wurden getötet. Die beiden getöteten Flieger gehörten zu einem Geschwader von zehn Doppeldeckern. In der Nähe von North Allerton geriet das Geschwader in einen dichten Nebel und wurde dadurch gezwungen, auf schwierigem Gelände zu landen. Hierbei wurden fünf Flugzeuge schwer beschädigt. Der verhängnisvolle Unfall wurde dadurch herbeigeführt, daß das Flugzeug der beiden Flieger gegen eine Hecke stieß. Auch zwei andere Flugzeuge rauchten gegen Hecken an. Die Leichen der Opfer sind bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt.

Großer Brand. In Izat (Anatolien) sind 40 Häuser und 50 Läden abgebrannt und dabei zwei Personen umgekommen und acht verletzt worden. Auch eine Moschee und drei große Gebäude wurden ein Raub der Flammen.

Der Wächter als Brandstifter. Auf dem Brandplatze der Spielwarenfabrik Kuno und Otto Dressel in Sonneberg wurde der Wächter Emil Schulz unter dem Verdachte der Brandstiftung verhaftet. Er stand ein, den Brand im Pacht-hause des Dresselschen Geschäftshaus angelegt zu haben.

Erfolgreiche Explosion. Die mexikanischen Crude Rubber Worts sind durch eine Gasolinexplosion vollständig zerstört. Zwölf Personen wurden getötet, viele schwer verletzt.

Ein ungeheurer Brand wütete in Moskau, der durch die Feuerwehr schwer zu lokalisieren war, da das Feuer durch den Wind immer wieder angepöcht wurde. Auch das kaiserliche kleine Theater war von den Flammen ergriffen.

Fliegersturz. In Sebastopol ist der Militärflieger Semichura tödlich abgestürzt.

Millionenstiftung für hilfbedürftige Kinder. Der unlängst verstorbene Kommerzienrat Piepenmeyer-Münster hat, wie aus Köln gemeldet wird, mehrere Millionen Mark testamentarisch für eine Stiftung zu Gunsten hilfbedürftiger Kinder vermacht.

Der Staatsbahninspektor als Dieb. Der Inspektor der Staatsbahn Weichard wurde im Schellzuge bei Caen, Frankreich, verhaftet, als er die Handtasche und den Regenschirm eines im Speisewagen weilenden Reisenden stahl. In seiner Pariser Wohnung wurden zahlreiche, von solchen Diebstählen herrührenden Gegenstände gefunden.

Streik der Seelen. Aus Barcelona wird gemeldet: Auf die Aufforderung der Schiffsbreder, sofort wieder den Dienst aufzunehmen oder die Schiffe zu verlassen, beschloßen die Kapitäne, Offiziere, Heizer und Matrosen an Land zu gehen.

Ein Generalleutnant schwer verunglückt. Generalleutnant Heilmann, Kommandeur der 34. Division stürzte morgens im Walde bei Bang so unglücklich mit dem Pferde, daß er das Bewußtsein verlor. Er wurde im Automobil nach Metz gebracht, wo er später das Bewußtsein wiedererlangte. Vermutlich liegt eine Gehirnerschütterung vor.

Die Lungenpest. In einer Ortschaft des Bezirkes Batu sind nach einer amtlichen Meldung 15 Personen unter Symptomen von Lungenpest erkrankt. Dreizehn sind gestorben.

Der Direktor mit dem gefälschten Zeugnis. Der Direktor Eisenhut der Wasser- und Elektrizitätswerke in Oberhausen wurde verhaftet. Ein dem Verhafteten vom Stadtmagistrat in Kissingen ausgestelltes glänzendes Zeugnis entpuppte sich als Fälschung. Ferner wurde festgestellt, daß Eisenhut sich zu Unrecht als bayerischer Reserveoffizier bezeichnete. Der Verhaftete spielte eine große Rolle in der besseren Gesellschaft.

Ein Vatermörder verurteilt. Das Schwurgericht in Paris verurteilte den Vatermörder Benrandan-Tunis zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit.

Hierzu 1 Beilage.

Verantwortlich für die Rubriken „Danziger Nachrichten“ und „Aus Westpreußen“ Anton Fosten-Danzig, für den übrigen Inhalt des Blattes Hans Wittwisch-Königsberg i. Pr., für Inserate Franz Unterhalt-Danzig. Verlag Volkswacht A. Gehl u. Co. Danzig. Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.



Steckenpferd-Seeife
die beste Lilienmilch-Seeife
von Bergmann & Co., Radebeul, für zarte weiße Haut und blendend schönen Teint, à Stück 50 Pfg. Überall zu haben.

Komm zu mir! Ich borge Dir!
Robert Schulz, Danzig
Schüsseldamm 56, 1 Treppe
Filialleiter der Firma Jonas & Co. G. m. b. H., Berlin
Gegründet 1899.
Grosses Lager in Geschenkartikeln, Musikinstrumenten jeder Art, Spredmaschinen, photographischen Apparaten, Haarschneidemaschinen, Rasierapparaten und Messern.
100 000 Kunden.
Uhren, Gold- und Silberwaren
auf Teilzahlung ohne Anzahlung, Monatsraten von 2,00 Mk. an, bei Barzahlung 10% Rabatt.
Kohn Laden, I. Etage. [359]

Berufs-Kleidung
für alle Gewerke
Dauerhafte Qualitäten
billigste Preise.
Rudolf Brzezinski
Holzmarkt 24

Fahrräder
billig zu verkaufen [491]
Milchkannengasse 15, 1 Tr.
Elbing
F. Kuhn, Wasserstr. 80,
empfiehlt sein [110]
Hut- und Mützensgeschäft.

Central-Theater
Elbing, nur Brückstr. 15
Neues Programm!
Darunter [357]
ein Hauptschlager
und herrliche Dramen
sowie Humoresken.
Jedes Bild ein Schlager!
Die Direktion.

Schuhputz
Nigrin
färbt nicht ab